

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Bestellen durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreigespaltene Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 27.

Köln, den 6. Juli 1906.

VII. Jahrgang.

Der vierte Verbandstag in Essen.

Die vier Wochen sind nun vorüber, die wenigen, aber mit angestrengten
Arbeiten angefüllten Tage des vierten ordentlichen Ver-
bandstages. Mit besonderer Spannung durfte man gerade
den Verbandstag entgegensehen. Die vielen und be-
deutenden aus den Reihen der Mitglieder dem Ver-
band überreichten Anträge zeigten seit Wochen darauf
hin, dass in Essen große Anforderungen an die Delegierten
zu stellen wären. Man merkte aus allen Anträgen
die Kollegen fühlen, dass die statutarischen Be-
stimmungen von der schnell dahineilenden Entwicklung über-
holt; darum müssen schleunigst im Interesse der Ver-
bandsmitglieder die Bestimmungen einer Aenderung unter-
worfen werden. Dieses auf der Höhe der Zeit stehen des
vierten Verbandstages ist ein hoch erfreuliches Zeichen
der Lebenskraft des Verbandes. Wer in Essen mit an-
wesend war, welcher frischer, vorwärtstreibender Zug aus den
Mündern der Delegierten immer und immer wieder
hörte, der wurde geradezu davon fortgerissen. Die
Agitation in Essen hat bewiesen, ein wie lebendiger Geist,
welcher Kraftbewusstsein in der christlichen
Arbeiterbewegung steckt und wie es nur darauf ankommt, diesen
Geist zum Durchbruch zu verhelfen.

Das den vierten Verbandstag für alle Zeiten besonders
bedeutend machen wird, war die Einigkeit der Delegierten in allen
wichtigen Fragen. Sogar auch hier und da die Ansichten
einander, so vereinten sich dieselben immer wieder
auf demselben Moment, wo die nötige Klärung erfolgte.
Vorwärts, wir müssen die notwendigen Mittel
für uns allen Kollegen, insbesondere denen in den schlechteren
Bezirken, bessere Verhältnisse zu schaffen; wir
müssen unsere Mittel ausbauen, damit der Verband
den gerateten Mitgliedern kräftig unter die Arme
fassen kann. Das war der Grundton, der die Verhand-
lungen beherrschte. Bleiben wir bei den niedrigen Beiträgen,
so es fortwährend durch alle Neben hindurch, damit
unserer Kollegen mit den schlechten Arbeits- und Lohn-
verhältnissen auch fernerhin verurteilt, diese ruhig hinzunehmen.
Aber dürfen wir nie und nimmer zugeben. Dafür
sind die Mitglieder nicht zum vierten Verbandstag
gekommen, sondern deshalb, um über jene Mittel zu beraten
und beschließen, die uns helfen können.

Unvergeßlich werden den Teilnehmern des Verbandstages
auch jene Eindrücke verbleiben, die mehrere Delegierte
den Bezirken mit geradezu traurigen Lohn- und Arbeits-
verhältnissen durch ihre Ausführungen hervorriefen. Kein
Wort gegen die Erhöhung des Beitrages kam über ihre
Lippen. Einfach und einfach erklärten diese Kollegen, daß
auftragt seien, für die Festsetzung des Beitrages auf
30 Pf. und für den Ausbau der Unterstützungsanstalten
zu kommen, weil eben die schlechten Arbeitsverhältnisse sie
zwängen. Fast einstimmig gelangte denn auch die
Erhöhung eines Beitrages von 50 Pfg. ab 1. August, wovon
20 Pf. den Lokalkassen verbleiben, zur Annahme. Auf
Grund dieses Beschlusses war die Möglichkeit geschaffen, die
Arbeitslosenunterstützung neu einzuführen und alle übrigen Unter-
stützungen zu erhöhen. Nach dem neuen Statut kann
jedes Mitglied bei einjähriger Mitgliedschaft bis zu 42 Mk.
Jahresbeitrag mit jedem Jahr steigend bis zu 84 Mk. Kranken-
unterstützung beziehen. Die Streikunterstützung wurde für
jeden Kollegen bis zu 18 Mk. erhöht und wird in
den ersten Tagen ab gezahlt. An Reiseunterstützung
werden die Kollegen in Zukunft statt 75 Pfennig pro Tag
auf 1,20 Mk. erhöht. Die Arbeitslosenunterstützung wird durch die Be-
stimmungen des neuen Statuts von 30 auf 42 Tage aus-
gedehnt. Sie beginnt nach einjähriger Mitgliedschaft mit
1,20 Mk. pro Tag und 42 Mk. Höchstbetrag und steigt dann
im nächsten Jahr bis zu 2 Mk. pro Tag und 84 Mk. Höchstbetrag.
Erhöhte der Verbandstag die Umzugsunterstützung von
10 auf 40 Mk. Infolge dieser erhöhten Unterstützungen,
Ausnahme der Krankenunterstützung, am 1. August
dieses Jahres in Kraft treten, während mit der Auszahlung
im nächsten Jahr begonnen wird, ist der Verband in
die Lage versetzt, den Mitgliedern erhebliche Vor-
schritte zu machen.

Wie sich so der Verbandstag in Essen beim Ausbau des
Arbeitswesens und bei Schaffung der Mittel zur Er-
reichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der Höhe
der Zeit gezeigt, so war dies ebenfalls bei Besprechung
der Agitation und der Errichtung von Sekretariaten der Fall.

Stellen wir mehr tüchtige Kollegen frei und leisten wir auch
selbst in der Agitation das, was wir leisten können, so sprachen
sich alle Delegierten ohne Ausnahme gegenseitig zu. Den
größeren Zahlstellen wurde nahegelegt, Lokalbeamte anzustellen.
Von Seiten des Zentralvorstandes sollen vorläufig noch
mindestens drei Sekretäre freigestellt werden. Öffentlich
wird dieser frischer, vorwärtstreibender Zug bei den Verhand-
lungen über die Errichtung von Sekretariaten und über die
Agitation eine günstige Wirkung auf alle Mitglieder ausüben.

So dürfen wir also mit voller Befriedigung auf den
vierten Verbandstag zurückblicken. Die Delegierten waren
nicht von kleinlichen, engherzigen Gesichtspunkten befangen,
sondern Männer, die mit klarem Blick für die Zukunft vor-
zublicken wußten. Mögen die Mitglieder nun auf der ganzen
Linie einmütig für die Durchführung der Verbandstags-
beschlüsse eintreten. Das mit Begeisterung ausgebrachte
„Hoch“ auf den „Zentral-Verband christlicher Holzarbeiter
Deutschlands“, wie in Zukunft der Titel unseres Verbandes
lautet, mit dem der vierte Verbandstag geschlossen wurde,
muß in den nächsten Wochen widerhallen in allen Zahlstellen,
bei allen Mitgliedern. Der Verbandstag hat das Seinige
getan. Krönen wir seine Arbeit mit tausendfachen Erfolgen.

Zum Schlusse wollen wir es nicht unterlassen, an dieser
Stelle den Kollegen in Essen für die Vorbereitungsarbeiten
und für die erwiesene Gastfreundschaft den besten Dank
auszubringen.

Die Eröffnung des Verbandstages wurde am 29. Juni,
abends 8 Uhr, im Alfredshause vorgenommen. Im Auf-
trage der Essener Kollegen begrüßte Kollege Biffels-Essen
die Delegierten. Er weist darauf hin, daß der diesjährige
Verbandstag der erste unseres Verbandes ist, der inmitten
des Ruhrreviers tagt. Befriedigend ist auf eine günstige
Entwicklung des Verbandes hinzuwirken; immer weiteren
Fortschritt zu machen, ist jedoch Aufgabe der Verbandstages.
In solchem Sinne ist wohl keine Stadt geeigneter als Essen.
An dieser Stätte der Arbeit, auf dem historischen Boden der
christlichen Arbeiterbewegung soll der Verbandstag gleich ganze
Arbeit machen. Die Zeit hat uns dieserhalb Erfahrungen
sammeln lassen.

Kollege Kurtzsch-Essen entbietet namens des Zentral-
vorstandes den Delegierten ein Willkommen. Derselbe schildert
den Werdegang des Verbandes und konstatiert, daß trotz der
starken Bekämpfung von rechts und links, der Verband sich
eine starke Position geschaffen hat. Hinweisend auf die Arbeit,
welche dem Verbandstage bevorsteht, erklärt er denselben
für eröffnet.

Die Konstituierung des Bureaus ergab die
Wahl der Kollegen: Kurtzsch-Essen, erster Vorsitzender,
Hofmann-Würzburg, zweiter Vorsitzender, Sangmeister-
Düsseldorf und Staaß-Herford, Schriftführer, Reise-
Paderborn als Führer der Rednerliste.

Die Mandatsprüfungskommission setzt sich zusammen aus
Bucharz-Elsfeld, Gumann-Essen und Schmitz-
Machen. Zu Kassenrevisoren wurden gewählt: Beitel-
Düsseldorf, Würfler-Essen-Schrenkfeld und Holle-Münster.

Bei Eröffnung der Sitzung am 30. Juni erstattet zu-
nächst Bucharz-Elsfeld den Bericht der Mandatsprüfungs-
kommission. Es sind 30 Delegierte sowie 7 Mitglieder des
Zentralvorstandes anwesend. Drei strittige Mandate werden
vom Verbandstag für gültig erklärt.

Holle-Münster berichtet als Kassenrevisor, daß sich
Kasse und Bücher nach den vorgenommenen Stichproben in
besten Ordnung befinden. Dem Hauptkassierer wird Ent-
lastung erteilt. Der gedruckte vorliegende

Bericht des Vorstandes

wird von Kurtzsch-Essen erläutert. Die Mitglieder-
verhältnisse dürften manchen Kollegen, trotz der Ver-
doppelung der Zahlen nicht befriedigen. Die Entwicklung ist
vielen nicht schnell genug gegangen. Zu berücksichtigen bleibt
jedoch, daß in den für unsern Verband in Betracht kommenden
Berufen keine Massen wie z. B. in der Metallindustrie zu
organisieren sind. In der Agitation muß von den einzelnen
Bezirken mehr geschehen. Bei dem Wachstum des Verbandes
und der sich hiermit steigenden Verwaltungsarbeit kann die
Entwicklung nicht allein von Köln aus gemacht werden. Die
Fluktuation der Mitglieder ist noch immer eine große. Durch
eine scharfe Kontrolle der Bücher müssen die Ortsverwaltungen
hier Wandel schaffen. Der Schwerpunkt einer günstigen
Weiterentwicklung des Verbandes liegt bei den Zahlstellen.
Hier geschieht jedoch vielfach zu wenig. Eine allgemeine
Hausagitation hatte ein tägliches Resultat. 196 Zahlstellen
machten über den Erfolg überhaupt keine Angaben. Manche
Landesteile schneiden bei der Mitgliederzunahme schlecht ab.
Die bestehenden Kassenverhältnisse zeigen, daß der
Düsseldorfer Verbandstag gut tat, den Beitrag auf 30 Pfg.

zu setzen. Wäre dieses nicht geschehen und wären außerdem
in den letzten zwei Jahren nicht 40 000 Mk. an Extrabeitrag
geleistet worden, so würde der Verband heute in einer
Schuldenwirtschaft stecken. Der Kassenbestand muß in An-
betracht der bevorstehenden Kämpfe als ein geringer bezeichnet
werden. Bei den Lohnbewegungen ist zu beklagen, daß
manche Zahlstellen trotz der Formulare nur unvollständige oder
gar keine Angaben über den Erfolg derselben machen. Mit
der Zusendung des Geldes hört oft die Verbindung der
Zentralstelle mit den Ortsgruppen auf. Es mag dieses daher
kommen, daß die Entwicklung der Bewegungen in unserm
Verbande ziemlich schnell vor sich gegangen ist. Bezüglich
der Agitation ist man mit dem Hauptvorstande vielfach
nicht zufrieden, weil er dieselbe nicht hat mehr Geld kosten
lassen. Berücksichtigt man jedoch, daß der Verband vor zwei
Jahren noch eine Quartalsseinnahme von 10 000 Mk. hatte
und in der Zwischenzeit die Freistellung von 6 Kollegen er-
folgte, so hätte der Vorstand unverantwortlich gehandelt, wenn
er die Agitation auf Kosten der Lohnbewegungen bevorzugt
hätte. Ueber die Freistellung weiterer Kollegen hat der
Verbandstag zu bestimmen. Auch das Verbandsorgan
hat, weil zu klein, manche Wünsche laut werden lassen. Das-
selbe erfuhr in der Berichtszeit eine mehrmalige Aenderung.
Bei einer achtsseitigen Herausgabe wird sich das Konto des
Organs um gut 8000 Mark pro Jahr bei der jetzigen Auf-
lage steigern.

Beschlossen wird, nach diesen Ausführungen eine Diskussion
allgemeiner Natur zu führen und jene über Spezialangelegen-
heiten später vorzunehmen.

Kuper-Essen macht einige Bemerkungen zum Kassen-
bericht. Nach den vorliegenden Zahlen, decken sich die laufen-
den Ausgaben mit dem regelmäßigen Einnahmen Wenn der
Verband heute einen Kassenbestand aufzuweisen habe, so sei
dieses nur möglich geworden durch die Extrabeiträge und
sonstigen Einnahmen.

Auf eine Anfrage hin wird den zum Verbandstage er-
schienenen Arbeitersekretären beratende Stimme zugestimmt.

Stedem-Düsseldorf rügt die späte Zustellung des
Kassenberichtes; auch sei der Vorstand manchmal zu sparsam.
An Formularen müsse mehr geschehen.

Schwarzer-München hat Auszüge aus dem Geschäfts-
bericht eher in der Tagespresse gelesen, als ihm derselbe in
die Hände kam. Auch wünscht er, daß der jährliche Er-
folg der Lohnbewegungen späterhin summarisch im Bericht
veröffentlicht wird. Die Geschäftsführung im Verbande sei
manchmal zu bürokratisch.

Bacher-Ulm: Mit der Tätigkeit des Vorstandes ist
man in meinem Bezirke zufrieden. Wünschenswert ist nur,
daß besser mit Flugblättern, die für Berufe oder Bezirke
abgefaßt sind, gearbeitet wird.

Rödlach-Mannheim: Manche Zahlstellen haben eine
Hausagitation vorgenommen, das Resultat derselben der
Zentralstelle jedoch nicht mitgeteilt. Die gegebenen Zahlstellen
können daher nicht zutreffend sein. — Manche Lohnbewegungen
sind im Geschäftsbericht nicht angeführt, obwohl die Erfolge
ziemlich bedeutende waren. Die Geschäftsführung des Haupt-
vorstandes erscheint oftmals zu genau; man scheint allgemein
nach dem Grundsatz zu verfahren: Erst die Formulare,
dann das Geld.

Bullen-Hamburg hält die Schaffung von Kontroll-
karten für Arbeitslose für angebracht.

Bohl-Essen, der als Vertreter der Tapezierer anwesend
ist, wünscht eine bessere Berücksichtigung seines Berufes. Es
falle schwach, mit den Holzarbeiter-Berufungen und Flugblättern
zu agitieren.

Blaschke-München regt an, die Zusendung des Ge-
schäftsberichtes an die Beamten und Delegierten 8 Tage vor
dem Verbandstag zu bewerkstelligen.

Staaß-Herford: Bei neu gegründeten Zahlstellen muß
von Seiten der Zentralstelle Rücksicht auf die Geschäftsführung
genommen werden. Auch erscheint es notwendig, daß dort
wo Bezirksbeamte sind, sich diese der kleineren ländlichen
Zahlstellen mehr annehmen. Von Nutzen ist auch, auf die
Frauen bei der Agitation einzuwirken, da diese namentlich
auf dem Lande unserer Bewegung Hindernisse machen.

Rust-Selfkirchen verlangt, daß immer einige Zei-
tungsexemplare mehr wie absolut notwendig den Zahlstellen
zugesandt werden, damit auch den Angehörigen anderer christ-
lichen Gewerkschaften Gelegenheit zum Besen unseres Organs
geboten wird.

Stedem-Düsseldorf hält die Anfertigung von Wert-
stättendelegiertenkarten, sowie die Aenderung der Vertrauens-
männerbüchlein angebracht.

Nach einigen Bemerkungen der an der Zentralstelle
angestellten Kollegen wird beschlossen, den als Arbeitersekretären
tätigen Mitgliedern des Verbandes fernerhin das Organ
per Kreuzband zu senden, während solche Angestellte der
christlichen Gewerkschaftsbewegung, die Interesse an unserem
Verbande haben, jenes durch die Post übermitteln erhalten.

Kurtzsch-Essen gab dann noch bekannt, daß vor-
ausichtlich in diesem Jahre noch eine Sammlung von

Tarifverträgen, die unser Verband abgeschlossen hat, vom Vorstands in einer Broschüre herausgegeben wird.

Der Vorsitzende schied dann der Beratung der Anträge einige Worte voraus. Er weist darauf hin, daß vor allen Dingen gefordert werden müsse, 1) die Beiträge zu erhöhen, 2) die bestehenden Unterstützungen auszubauen und 3) eine Unterstützung auch in Krankheitsfällen zu gewähren. Ein gedrucktes Musterstatut, das nach der vorliegenden Stimmung der Kollegen zusammengestellt ist, liegt vor. Wie die Diskussion im Organ ergeben hat, sind die meisten Mitglieder für die Erhöhung des Beitrages auf 50 Pfg.; jedoch bestehen Meinungsverschiedenheiten bei der Bemessung des Anteils der Lokalkasse. Die Krankenunterstützung stöße auf eine große Gegnerchaft; es sei aber nicht nur mit den vorhandenen Mitgliedern zu rechnen, sondern es müssen auch neue gewonnen werden. In den ländlichen Gegenden liege das Krankenlassenwesen noch ziemlich im argen; daher sei es Pflicht, daß den hier ansässigen Kollegen ein Zuschuß gewährt werde. Aufgabe des Verbandstages sei es, der Entwicklung der Dinge stets auf dem Fuße zu folgen.

Bradtke-Neustadt (Westf.) wendet ein, daß ein Beitrag von 50 Pfg. für den Osten, wo der Wochenverdienst manchmal nur 12 Mk. betrage, wohl zu hoch sei, namentlich bei den ungelerten Arbeitern. Die Handwerker würden sich schließlich schon zur Zahlung eines solchen Beitrages verstehen. Es sei zu befürchten, daß unser Vordringen im Osten, bei einer Beitragsleistung von 50 Pfg. gehemmt würde. In anderen Gegenden seien die Kollegen aber bereits durch die Tätigkeit der Organisation in den Stand gesetzt, solche Beiträge zu leisten.

Wullen-Hamburg: Nicht meine, sondern die Meinung der mich gewählten Mitglieder ist es, daß Staffelbeiträge nicht gut durchführbar sind. Ein Ausbau des Unterstützungsweises erscheint nicht notwendig. Wo solches angebracht, mögen die Zahlstellen durch Erheben höher Lokaltbeiträge dafür Sorge tragen. Unter den geschilberten Umständen genügt zur Stärkung der Streikasse die Erhöhung des Beitrages auf 40 Pfg. mit Belassung von 5 Pfg. an die Lokalkasse.

Heuzler-Posen ist nicht gegen den 50 Pfg. Beitrag, glaubt jedoch, daß uns im Osten, wo ein ergiebiger Feld für den Verband sei, ein weiteres Vordringen dadurch unmöglich gemacht werde. Er hält zwei Beitragsklassen, eine von 50, die andere von 35 Pfg., letztere allerdings ohne Krankenunterstützung für das Beste.

Gloger-Ratowitz ist bzgl. der ferneren Entwicklung des Verbandes in Schlesien derselben Ansicht wie der Vorkämpfer und meint, daß Staffelbeiträge durchführbar seien. Wenn die schlesischen Kollegen in den ländlichen Bezirken 50 Pfg. Beitrag bezahlten, so entspräche dieses ungefähr einem in Westen zu zahlenden Beitrag von 1,20 Mk.

Als ein grundsätzlicher Anhänger der Staffelbeiträge scheint sich der als Vertreter des Gesamtverbandes amwesende Kollege Schiffer-Düsseldorf. Es müsse jedoch bei Festlegung derselben die Eigenart der in Betracht kommenden Berufs- und Bezirke berücksichtigt werden. Allerdings müsse zunächst der niedrigste Satz ein den allgemeinen Verhältnissen entsprechender sein.

Baßer-Ulm: 50 Pfg. Beitrag und die Einführung einer Krankenunterstützung ist das Richtige. Es läßt sich besser mit einem Beitrag von 50 Pfg. und mit Kranken-

unterstützung agieren, als mit 30 Pfg. und ohne eine solche. Gerade die schlechtesten Kollegen sind es, welche eine derartige Regelung verlangen.

Schlö-Manno hat sich von einem Gegner der Krankenunterstützung zu einem Anhänger derselben bekehrt. Man möge der Zentralkasse von jedem Beitrag 45 Pfg. überwiesen.

Biamons-Brand: Der Anteil der Lokalkasse muß größer sein, da gerade ein guter Bestand der letzteren die Kollegen oftmals mit zusammenhält.

Staaß-Berford regt eine stufenweise Erhöhung des Beitrages bis zu 50 Pfg. an.

Faller-Schramberg erkennt trotz der vielfach nicht rosenigen Verhältnisse in Süddeutschland die Notwendigkeit eines hohen Beitrages und einer starken Kasse an. Erst wenn letztere vorhanden, ist es möglich, die Arbeitsverhältnisse der Kollegen durchgreifend zu reformieren.

Derselben Ansicht ist Erner-Freiburg, jedoch müsse wegen der mancherorts niedern Leistungen der Krankentassen den Kollegen entgegenkommen werden.

Coz-Crefeld weist darauf hin, daß die Kollegen mit niedrigem Verdienst vielfach auch billiger an die Lebensbedürfnisse kämen.

Röblach-Mannheim: Trotzdem es auf dem Schwarzwalde manch' teure Orte infolge des Fremdenverkehrs gibt, sind die dortigen meist schlecht gelohnten Kollegen für hohe Beiträge. Der Einführung des 60 Pfg. Beitrages werden bei entsprechender Gegenleistung keine Schwierigkeiten entgegenstehen. Es ist eben alles möglich, wenn nur der gute Wille vorhanden ist.

Erising-Kaiserslautern erklärt, daß in der Rheinpfalz die Kollegen unter allen Umständen für den 50 Pfg. Beitrag und die Einführung einer Krankenunterstützung seien. Die größten Fortschritte würden überhaupt dort erzielt, wo hohe Beiträge erhoben würden. Hier sei auch die Fluktuation der Mitglieder die geringste. Zu bemerken sei oft, daß die schlechtesten Zahler die größten Anforderungen an die Kasse stellten. Er wundere sich über die Haltung mancher norddeutschen Zahlstellen. Hier seien die meisten Kämpfe unseres Verbandes in den letzten Jahren geführt worden und trotzdem sei kein Idealismus zu beobachten. In Süddeutschland habe sich in der letzten Zeit eine Wandlung bemerkbar gemacht. Die größeren Zahlstellen wie Düsseldorf, Hamburg, Aachen zc. müßten wenigstens dieselben Beiträge einführen, wie die gegnerischen Organisationen. Ueberhaupt solle man vom Gegner lernen. Auf eine Auserziehung Gloger-Ratowitz, der das Klassenkampfsprinzip der „freien“ Gewerkschaften als Grund für die Opferwilligkeit ihrer Mitglieder hinstellte, bemerkt Redner, daß unsere Ideale doch jedenfalls eher zur Opferfreudigkeit stimmen müßten, als der Klassenkampfsstandpunkt. Wenn den christlichen Gewerkschaften die Zukunft hören solle, seien hohe Beiträge der Weg zu diesem Ziele.

Es tritt hierauf die Mittagspause ein. Bei Wiedereröffnung der Sitzung glaubt Ruff-Gelsenkirchen die Zahlstellen des Westens vor einem eventl. Vorwurf der Rückständigkeit schützen zu müssen. Gelsenkirchen wolle einen Beitrag von 40 Pfg., der ganz an die Hauptkasse abzuliefern sei. Einer Krankenunterstützung könne er nicht das Wort reden. Ebenso auch nicht einer stufenweise Erhöhung des Beitrages. In letzterem Falle sei die Aufklärungsarbeit zweimal zu verrichten.

Weyers-Cleve: Die Zeit wird lehren, ob Staffel-

beiträge notwendig sind. Vorerst ist ein Beitrag von nicht zu hoch.

Bähmede-Wochum: Die Gegner rüsten, und sich daher von selbst für uns die Zahlung hoher Beiträge die Schaffung einer starken Kasse als notwendig.

Wärfler-Olden-Chrenfeld: Die Hauptkasse ist die Zentralkasse gestärkt wird. Die Kollegen dürfen bzgl. der Unterstützungen nicht zu viel verlangen.

Blasche-München ist der Ansicht, daß heute ein heftiger hoher Beitrag kein Hindernis für die Entwicklung des Verbandes sei. Früher seien Staffelbeiträge angebracht gewesen.

Reichwein-Duisburg wünscht den 50 Pfg. Beitrag ohne Krankenunterstützung, allein zur Stärkung des Kampfes.

Buchartz-Eberfeld findet die Stellung Hamburg begreiflich. Wo der soz. Verband 80 Pfg. Beitrag dürfen wir nicht mit 40 Pfg. kommen. Ein Mitglied ist durch die Beitragserhöhung nicht zu befürchten. Lokalkassen müssen zur Bestreitung der laufenden Ausgaben Mittel gelassen werden.

Böllner-Berlin: Im Osten ist man auch für Beiträge. Es müssen jedoch mehr Kräfte freigestellt werden die weitere Aufklärungsarbeit verrichten. Unsere Krankenzuschüsse genügt. Man sollte daher den Verband nicht mit einer neuen Unterstützung belasten. 15% dürfte der Lokalkasse zu lassen sein.

Timpel-Nürnberg: Der Verband muß den Kollegen etwas bieten. Sie zahlen dann eher 50 als 40 Pfg. Staffelbeiträge ist zu befürchten, daß infolge ihrer Verleistung milder unterstützte Kollegen zu Streikbrechern werden. Derartige Fälle sind in andern Verbänden schon zu verzeichnen.

Schopohl-Dortmund betont die Tatsache, daß sehr hohe Tarife im Jahre 1908 ablaufen und wir da auf große Kämpfe gefaßt sein müssen.

Solle-Münster glaubt, daß sich die Hauptkasse auf 40 Pfg. Beitrag ohne Krankenunterstützung besser stellen wie bei 50 Pfg. mit Einführung der letzteren.

Nachdem noch verschiedene Delegierte ihre Meinungen für den 50 Pfg. Beitrag, teils mit, teils ohne Krankenunterstützung kund gaben, wurde zur Abstimmung gestellt. Die Erhöhung des Beitrages auf 50 Pfg. wird mit gegen 4 Stimmen beschlossen.

Ueber den Anteil der Lokalkasse entspann sich eine lebhafteste Debatte. Namentlich wurde betont, daß die Vorarbeiten zu Ende sein müsse, wo unser Verband in den einzelnen Gegenden als der „billige Jakob“ betrachtet werde. Wenigstens sollen die Beiträge wie die gegnerischen Organisationen erhoben werden.

Böllner-Berlin plaidiert dafür, daß die jetzt beschlossene Beitragserhöhung von 20 Pfg. überall zur Durchführung langt. Wo bereits 40 oder 50 Pfg. erhoben werden, unbedingt die Erhöhung auf 60 resp. 70 Pfg. zu erheben. Auf diese Weise schaffen wir starke Lokalkassen.

Schließlich wird mit 25 gegen 8 Stimmen beschlossen, 45 Pfg. an die Hauptkasse abzuliefern und 5 Pfg. der Lokalkasse zu belassen. Die Besoldung der Zirkelsekretäre muß jedoch die Hauptkasse übernehmen.

Inzwischen war folgendes Telegramm eingelaufen, das der Vorsitzende unter Beifall verliest: „Anlässlich des Verbandstages die herzlichsten Glückwünsche. Segen und Tagung, einträchtiges Zusammenwirken wünschen wir

Begrüßungsfeier zum Verbandstage.

Ein Lob der Arbeit.

Es klang ein Wort aus Kaisers Mund,
Ist gleiches Recht wie allen kund
Der Arbeit!
Nun rafft Euch auf zu frischer Tat,
Erfämpft im Nochten freien Platz
Der Arbeit!
Begeistert schallt der Sammelruf,
Erkennt die Macht, die Großes schuf,
Bereint Euch!
Wo schwach des Euen Kraft zerbricht,
Da führt ein Weg durch Nacht zum Licht,
Bereint Euch!
Das Land, das Geist und Herz umschlingt,
Die Blüte ist, die Leben bringt,
Die Einheit!
Für Gerechtigkeit und Vaterland
Ist schlag das Herz, fest schwört's die Hand,
Die Einheit!
So wirt entschlossener Hände Fleiß,
Der manner werten Siegespreis,
Die Arbeit!
Es lebe hoch im freien Land
Der wahren Gleichheit Unterhand
Der Arbeit!

Sein gemütlichen Teil.

Als im Jahre 1900 die erste Generalversammlung unseres Verbandes stattfand, war es die Zahlstelle Freiburg, die den Antrag stellte, daß auch die Pflege des geselligen Verkehrs in das Verbandsprogramm aufgenommen werden solle. Der Antrag fiel offiziell nicht als Statut vor, sondern als Bescheid der Kollegen nicht zu melden, inoffiziell aber besteht ein solcher Grundlag, sobald auch nur einige Kollegen beisammen sind. Insbesondere auch, wenn der Deutsche Holzarbeiterverband seine Generalversammlung bei Mainz hatte, es daher nicht auch in Offen so sein? Den ersten Laten der Delegierten wurde allerdings genügend jedoch schon folgendes „Willkommen“ der Essener Kollegen gilt es an:

Nun auf, Essendia, öffne die Pforten!
Es harret der Gäste erlesene Schar.
Aus den Augen leuchtet, es klingt aus den Worten
Begeistert die Lösung, so einfach, so wahr.

Die Lösung heißt: Arbeit, ernst und besonnen,
Wie der klare Geist sie erforscht und erfasst.
Was in dieser Lösung du selber gewonnen,
Das sei auch der Lohn und der Preis deinem Gast.

Nicht auf blutigem Feld: auf des Friedens Schwingen,
Im Schweize der Edlen, zu Großen vereint,
So konntest du Kohle und Eisen erzwingen,
Um Segen zu freun, wo die Armut noch weint.

So eilt denn herbei aus den deutschen Gauen,
Vom Vertrauen der Brüder gestärkt und umschwebt!
Es gilt in Besonnenheit weiter zu bauen,
Daß der Einigkeit Bau sich machvoll erhebt.

Willkommen denn alle, in Eintracht und Frieden!
Jedes Einzelnen Wort, der Gesamtheit Tat
Sei des christlichen Wunsches Erfüllung beschieden,
Sei zum Besten des Volkes fruchtreiche Saat!

Ein gemeinschaftliches „Begrüßungslied“ zeigte dann, daß trotz allen Ernstes der Griesgram seinen Einzug in die Reihen der Kollegen nicht halten darf. Freundschaft, Liebe, Einigkeit, soll stets eine Triebkraft mit sein, die Kollegen aneinander zu fesseln.

Seid willkommen, Ihr Kollegen!
Froh vereint hier im Saal,
Denn wir ersten Rates pflegen,
Paßt und schwingen den Pokal.

Seid willkommen, deutsche Brüder,
Froh vereint hier im Saal,
Euch zu Ehren ertönen Lieder,
Herrschet Frohsinn überall.

Wenn auch des Verbandes Streben
Erster Arbeit nur geweiht,
Dort man doch des Frohsinns pflegen,
Jedes Ding zu seiner Zeit.

Sei in dem Verband wählbar
Reicher Segen allezeit,
Auch die Herzen heiß durchglühn
Freundschaft, Lieb' und Einigkeit.

Drum wir heut' nicht wollen klagen:
Drücken uns auch Sorgen schwer,
Wollen wir doch nicht verzagen,
Gott verläßt uns nimmermehr.

Nochmal denn willkommen heute,
Festgenossen allzumal,
Streiter für das Edle, Schöne,
Seid willkommen allzumal.

So wurde nach der Melodie: „Preisend mit viel Reden“ recht kräftig gesungen. Nebenbei sei nur erwähnt, daß es einem Kollegen nicht möglich war, seinen Pokal schwingen. In Anerkennung seiner Leibesfülle und entschiedenen Alkoholgenossenschaft, war ihm zur Bekämpfung des Gutes kein Pokal, sondern ein etwas mehr faßliches Hochgeschütz zur Verfügung gestellt. Sein Durst steigerte sich noch, als alsbald das zweite Lied stieg, welches das der Arbeit verkündete. Vom Gedanken der kommenden Arbeit erfüllt, versetzte sich dann ein „wackerer Schwabe“ zu, gleich eine Agitationspaule für den Verband zu sein. Er wunderte sich schließlich nicht wenig, als ihm erklärt wurde, daß bereits alle, die im Saale anwesend seien, organisiert sind.

Es wurde noch manche „Rede“ gehalten, die jedoch der Gemütslichkeit den Arbeitsdurst der Kollegen nicht schütterte. Nur ein Mann aus dem wonnigen Osten konnte nicht begreifen, wie die Sorglosigkeit schon vor vorgeschritten konnte. Anders Tages stellte sich dann kein Datum fristet, den Auftrag gegeben hatte, dem Verband vorzuschlagen, St. Burokratus zum Schutzpatron der Zentralkasse zu erheben. Die große Frage, ob St. Burokratus wirklich existierte, hatte ihm den Sinn für alle Klarheit geraubt.

Die „Pofale“ wurden noch oft geschwungen — und das größere Gefäß soll mehrmals eine Wanderung schantisch gemacht haben — bis die Heimreise zum einhundert angetreten wurde. Auf dem Nachhausewege gemunkelt, daß als erster Beratungsgegenstand am Morgen die Aenderung des Verbandstitels, welchem Zentralvorstand aus Grippanis an Segertollen eine Stube zugebach habe, auf der Tagesordnung, siehe. Auf Tagesordnung stand der Antrag war wie sich herausstellte, aber — daß sich der Zentralvorstand nicht mit wichtigen Frage befaßt hatte, war noch lange nicht erwiesen. So mußte dieser Punkt daher in weiteren gemütlichen Stunden ergründet werden.

Abteilungen in kollegialer Freundschaft. Neuesten Fort-
Mut und Ausdauer. Bruderverband Schweiz. Ver-
treter Eisele.

folgt dann die Beratung des von verschiedenen Zahl-
stellen. Antrages auf Einführung der Kranken-
stützung. Der Vorsitzende hob hervor, daß derjenige
die Zukunft gehört, welcher die meisten Mittel
zur Verfügung stehen, um die Mitglieder an sich zu fesseln.
Beispiel bietet der Buchdruckerverband. — In dem vor-
Statut sind die Endsummen der drei Hauptunter-
stützungen gleich hoch. Festgelegt muß auch werden,
welchem Tage ab die Krankenunterstützung event. gezahlt
wird wann die Bestimmungen derselben in Kraft treten.
Schlach-Mannheim bittet, trotz der vorhandenen Gegen-
stände Krankenunterstützung einzuführen.

Schwarzer-München hält die Krankenunterstützung für
Mittel, mit dem der Fluktuation vorgebeugt werden kann.
Kurtzsch-Cöln führt an, daß bei der beschlossenen
Erhöhung der Hauptklasse 80 000 Mk. pro Jahr mehr
ausgegeben werden. Diese sei so in der Lage etwas zu leisten.

Die Einführung der Krankenunterstützung wurde mit
gegen 4 Stimmen beschlossen und der vorliegende
Entwurf in bloc angenommen. Nach demselben tritt die Kranken-
unterstützung am 1. August 1907 in Kraft. Dieselbe soll
innerhalb 12 Monate vom ersten Unterstühtungstage
rechnend auf die Dauer von 14 Wochen bei einer Mit-
gliedschaftsbauer und Beitragsleistung von

52 Wochen	3,00 pro Woche, Höchstbetrag	42
104	4,00	49
156	4,50	56
208	5,00	63
260	5,50	70
312	6,00	77
364	6,00	84

Krankheitsstage ab gewährt werden.

folgt nunmehr die Beratung der sonstigen auf Ab-
änderung der Statuten gestellten Anträge.

Der vom Zentralvorstand gestellte Antrag auf Aenderung
des Artikels des Verbandes findet für- und Widerspruch.
Mannheim hält die Streichung des Wortes „christlich“
für abgelehnt. Eine Aenderung der Form sei aus taktischen
Gründen wohl zu befürworten; in den Prinzipien bleiben
es im Statut auch festgelegt werden müsse, doch

Schlach-Mannheim glaubt, daß nur in allen Teilen
indifferent an dem Worte „christlich“ Anstoß
genommen werden würde. Es wäre jedoch verfehlt, wenn es gestrichen würde.
In dieser Ansicht ist auch Schiffer-Düsseldorf, der sich aus
solchen Vorgehen eine Schädigung unserer Bewegung
denkt.

Der Vorschlag einiger Delegierten, den Titel „Christlich-
nationaler“ oder „Deutsch-nationaler“ Holzarbeiterverband
zu wählen, stößt allgemein auf Widerspruch. Die Aenderung
des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter
in „Land“, wie sie der Vorstand beantragt hat, wird
abgelehnt.

Der Antrag auf Aenderung des § 2 wird abgelehnt.

Der § 5 wird beschlossen, daß auch Arbeiterinnen
in den Verband finden können. Nach dem
§ 6 haben diese eine Aufnahmegebühr von
zu entrichten. Ebenso wird in letzterem Paragraph
auf aus anderen Verbänden überretende Kollegen
Aufnahmegebühr befreit sind. Ebenso diejenigen,
innerhalb sechs Wochen nach beendeter Lehrzeit dem
Verbande anschließen. Die sonst zu § 6 gestellten Anträge
werden abgelehnt.

In dem § 7 wird eine Aenderung dahingehend eintreten
die Einbindung von der Zahlung der Beiträge eintritt,
die unverschuldete Verdienstlosigkeit länger wie 8 Tage
und daß Mitglied vom Verbands keine Unterstützung
erhalten. Ebenso wird die Zahlung des Beitrages von
für männliche und von 25 Pfg. für weibliche
Mitglieder in diesem Paragraph festgelegt.

Die weibliche Mitglieder nur die Hälfte des
der männlichen Mitglieder zahlen, wird im § 9
aufgehoben und nur bis zur Hälfte der fest-
gestellten Unterstützungen zusteht.

Die Reiseunterstützung wird auf 1 Mark pro Tag
und nach dem vorliegenden Entwurf genehmigt. Die-
selbe wird fernerhin innerhalb 12 Monate gewährt nach
Mitgliedschaftsbauer und Beitragsleistung von

52 Wochen bis zu 42 Mk. Höchstbetrag	49
104	56
156	63
208	70
260	77
312	84

Es müssen jedoch 25 km Reifestrecke an demselben Tage,
wenn die Unterstützung gezahlt wird, zurückgelegt sein.
10 Mark auf einer Tour bezogen sind, wird eine
Unterstützung nur gewährt, wenn dem Kollegen weder
in noch in der Umgebung Arbeit nach den örtlichen
Verhältnissen nachgewiesen werden kann. Mehr wie 8 Mk.
Unterstützung darf auf einmal nicht gezahlt werden.

Im Punkt Arbeitslosenunterstützung regt
der Vorstand an, daß den verheirateten Kollegen 2 Mk.
pro Woche gezahlt werden möge. Beschlossen wird, die
Arbeitslosenunterstützung in folgender Fassung festzulegen:
Arbeitslosenunterstützung nach § 8 Abs. b wird innerhalb
12 Monate, vom ersten Unterstühtungstage an gerechnet, auf
höchstens von 42 Tagen gewährt und zwar bei einer Mit-
gliedschaftsbauer und Beitragsleistung von

52 Wochen	1,17	7
104	1,33	8
156	1,50	9
208	1,67	10
260	1,83	11
312	2,00	12

Falls ein Mitglied innerhalb 12 Monate den Höchstbetrag
der Unterstützungen bezogen hat, so kann, anstatt wie bisher
nach 24 Monaten, schon nach 12 Monaten und nach 52
entrichteten Beiträgen wiederum Unterstützung erhoben werden.

Besügl. der Umzugsunterstützung wünscht Blaschke-
München ein Entgegenkommen des Hauptvorstandes auch
bei noch nicht bezugsberechtigten Kollegen. Es komme sehr
oft in Süddeutschland, namentlich bei den Stägern vor, daß
diese von den Behörden von einem Orte zum andern gekehrt
würden, um deren Heimatberechtigung zu verhindern. In
solchen Fällen müsse der Zentralvorstand Rücksicht nehmen.

Beschlossen wird bei der Umzugsunterstützung anstatt des
bisherigen Satzes von 25 Mk. Steigerungssätze einzuführen.
Fortan wird dieselbe gewährt, wenn die Entfernung mindestens
25 km mit der Bahn oder auf der Straße beträgt, bei
einer Mitgliedschaftsbauer und Beitragsleistung von

52 Wochen in Höhe von 25 Mk.	30
104	35
156	40

Wird der Umzug von anderen Personen entschädigt, so
fällt die Unterstützung fort. Bei Streik und Maßregelungen
sind jedoch Ausnahmen bezgl. der Mitgliedschaftsbauer gestattet.

Von den ferneren Beschlüssen seien erwähnt: Die Herab-
setzung der Frist zur Einbringung der Quartalsabrechnungen
von 4 Wochen auf 14 Tage und die Befugnis des Haupt-
vorstandes, sich beim Ausschreiben eines vom Verbandstage
gewählten Mitgliedes zu ergänzen.

Die Streikunterstützung wird nach längerer Debatte
dahin geregelt, daß der Grundbeitrag auf 12 Mk. pro Woche
steht, die verheirateten Kollegen jedoch pro Kind
1 Mk. mehr erhalten, steigend bis zu 18 Mk.

Das Statut mit den neuen Bestimmungen tritt am
1. August 1906 in Kraft. Jedoch gelangt die Kranken-
unterstützung erst vom 1. August 1907 ab zur Zahlung.

Die Anträge M.-Glabach und Münster, welche be-
zwecken, mit der Einteilung der Wahlbezirke eine Kommission
zu beauftragen, sowie, daß der Tagungsort des nächsten Ver-
bandstages vom jeweiligen bestimmt wird, werden abgelehnt.
Der Antrag des Zentralvorstandes, daß der Verbandstag eine
Gehaltskala festsetzt, nach welcher der Vorstand die
Besoldung der Beamten vornimmt, wird jedoch angenommen.
Es wurde dann eine Kommission, bestehend aus den Kollegen:
Bunse-Cöln, Cox-Crefeld und Schopohl-Dortmund ge-
wählt, welche gleich gemeinschaftlich mit den Vertretern des
Gesamtverbandes ein Regulativ ausarbeiten soll.

Die Anträge auf Vergrößerung des Organs
werden abgelehnt; jedoch wird dem Vorstande anheingegen,
nach Bedarf das Organ achtfach erscheinen zu lassen. Pohl-
Essen wünscht eine größere Berücksichtigung der Lapezierer
im technischen Teile des Organs. Janzen-Cöln hielt dieses
für nicht gut durchführbar, da sonst alle Vereine, deren Zahl
im Verbands wohl an die 50 sei, alle berücksichtigt werden
müßten.

Der Versammlungskalender im Organ soll künftig in
Fotofall kommen.

Die Sitzung am Sonntag, den 1. Juli begann um
9 Uhr. In derselben wird die Taktik bei Streiks und Lohn-
bewegungen behandelt. Es erschien daher zweckmäßig, daß
die Verhandlungen nicht öffentlich geführt wurden.

Bei Beendigung der Diskussion über vorgenannten Be-
ratungsgegenstand wird wieder öffentlich verhandelt und der
Punkt Agitation zur Debatte gestellt. Kurtzsch-Cöln
bemerkt, daß es in manchen Bezirken hätte besser vorangehen
können. An einer Tabelle weist er nach, daß hohe Beiträge
bisher dem Organisationsgedanken nur förderlich gewesen seien.

Vor Eintritt in die Mittagspause gelangt ein Telegramm
aus München zur Verlesung, dahinlautend, daß die dortigen
Kollegen den 80 Pfg.-Wochenbeitrag beschlossen haben
und dem Verbandstag guten Erfolg wünschen. Die Nachricht
der Münchener wird mit großem Beifall entgegengenommen.

Nach Beendigung der Pause spricht zunächst Staats-
Herford. Er hält es für angebracht, daß die Beamten der
Bezirke nicht nur durch rückständige Gegenden reisen, sondern
sich dort 8—14 Tage aufhalten und mit den Kollegen Fühlung
zu gewinnen suchen. Auch sei das Verpflegungssystem
zu pflegen.

Bacher-Ulm verweist auf die nicht angebrachte Taktik
gegenüber Organisationen, durch Schein-Lohnbewegungen
Mitglieder zu gewinnen.

Beitke-Düsseldorf: Die unglücklich verlaufenen großen
Kämpfe in Duisburg und Düsseldorf wirken noch heute
hemmend auf die Agitation. Eine Verschmelzung der in
einem engen Bezirk liegenden Zahlstellen zu einer Verwaltungs-
stelle dürfte für die Agitation von Nutzen sein.

Schwarzer-München: Wir dürfen bei der Agitation
das Land und die kleineren Städte nicht vergessen. Außer-
dem ist die Branchenagitation besser zu betreiben. Notwendig
erscheint hier eine Materialsammlung, die über die Verhält-
nisse in den einzelnen Bezirken informiert.

Bucharz-Crefeld hebt lokale Schwierigkeiten in der
Agitation hervor und wünscht eine bessere Ausgestaltung der
Verbandsarbeitsnachweise durch die Zentralisation derselben.
Auch sei bei der Agitation das Materielle nicht allzusehr in
den Vordergrund zu schieben.

Möblach-Mannheim: Manche befähigten Kollegen
würden mehr in der Agitation leisten, wenn sie entsprechend
entschädigt würden. Bei der Agitation leistet auch das Wirken
auf Verbesserung von Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung
gute Dienste. Er erinnert an die in Baden durchgeführte
Aktion zugunsten der Erhöhung des örtlichen Tagelohnes.
Bei Maßregelungen müsse der Zentralvorstand besser durch-
greifen, wenn nicht die Agitation lahm gelegt werden solle.

Stogers-Kattowitz verweist auf die Schwierigkeiten,
welche dem Verband in Schlesien begegnen. Der soz. Holz-
arbeiterverband habe im Gau Breslau im vergangenen Jahre
allein 36 000 Mk. für Agitation verausgabt. Auch die takt.

Fachabteilungen seien ebenfalls fleißig an der Arbeit. Auch hält
die in Schlesien betriebene Bezahlungsrichterei unsere Bewegung
nieder. So sind in Grünberg bei den Tischlermeistern nur
11 Gesellen, aber 97 Lehrlinge beschäftigt.

Ersting-Kaiserslautern: Nach Abzug der unorganisations-
fähigen in der Holzindustrie beschäftigten Personen sind immer-
hin in den nächsten Jahren noch 150—160 000 Kollegen zu
organisieren. Wir müssen daher mit aller Macht einsetzen.
Eine allgemeine Hausagitation im Herbst und Frühjahr
erscheint angebracht.

Blaschke-München: Die Zentralkasse darf bei der
Agitation nicht so knauserig sein. Zweckmäßig ist die Schaffung
von Zentralkommissionen für einzelne Bezirke, z. B. Partell-
leger. Bei den jüngeren Kollegen müssen insbesondere die
Ideeale geweckt werden.

Stegerwald-Cöln gibt Aufschluß über die Konstellation
der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und schließt damit
die Diskussion über die Agitation. Die hierzu gestellten An-
träge werden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Auf die Schaffung von Sekretariaten zielen
eine große Zahl von Anträgen hin. Kollege Kurtzsch
erklärt, daß in diesem Punkte schon längst mehr geschehen sei,
wenn nicht auf die Schonung der Kasse hätte Bedacht ge-
nommen werden müssen.

Nachdem mehrere Delegierte um eine Berücksichtigung
ihres Bezirkes gebeten hatten, wurde beschlossen, daß der Zentral-
vorstand verpflichtet ist, in nächster Zeit drei weitere
Kollegen freizustellen.

Mehrere Zahlstellen haben die Niederschlagung von aus-
der Hauptkasse gezahlten Streikdarlehen beantragt. Die An-
träge werden abgelehnt mit dem Hinweise darauf, daß ein
solches Beginnen die Disziplinlosigkeit fördern würde, indem
konsequenterweise alle Zahlstellen Vorschüsse verlangen, aber
manche an eine Zurückzahlung nicht denken. Ebenso wird
ein Antrag Freiburg abgelehnt, der auf die Niederschlagung
von Sekretariatsbeiträgen hinzielt.

Die Quartalsabrechnungen werden auch fernerhin in der
bisherigen Weise den Mitgliedern zugestellt.

Die sonstigen gestellten und im Organ veröffentlichten
Anträge werden teils abgelehnt, teils dem Vorstande zur Er-
lebigung übergeben.

Die Zahlstelle Mannheim hat den Antrag gestellt, im
Verbande neben dem Zentralvorstand einen Aus-
schuß zu bilden. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages
mit den Bruderverbänden der Schweiz und Oesterreich wird
dem Zentralvorstande überlassen.

Der Verbandstag ist entgegen der Ansicht einiger Vor-
standsmitglieder dafür, daß die Pensionsversicherung
der Beamten in der vom Gesamtverband der christlichen
Gewerkschaften errichteten Unterstützungskasse in der bis-
herigen Weise weiter erfolge.

Die Wahl des Vorstandes ergibt die einstimmige
Wiederwahl der bisher dem Zentralvorstande angehörenden
Mitglieder. Ebenso werden die von der Zahlstelle Cöln ge-
wählten Vorstandsmitglieder bestätigt. An Stelle zweier aus-
geschiedener Mitglieder werden Usamer-Crefeld und
Knebel-Barren gewählt. Der Vorstand setzt sich nunmehr
außer den beiden vorgenannten Kollegen zusammen aus:
Kurtzsch-Cöln, 1. Vorsitzender, Küper-Cöln, 2. Vor-
sitzender, sowie Eisele, Bunse, Janowski, Petasch-Cöln, Biffels-
Essen und Schick-Wanne.

Als Delegierte zum diesjährigen Kongreß
der christlichen Gewerkschaften, der in Breslau statt-
findet, werden gewählt: Kurtzsch-Cöln, Brabste-Neustadt Wpr.,
Böhmede-Bochum, Biffels-Essen und Schwarzer-München.

Die beim Punkt „Verschiedenes“ vorgebrachten Wünsche
waren durchweg nebensächlicher Natur und wurden daher
keine Beschlüsse gefaßt. Jedoch gelangte noch ein Antrag
zum § 62 des Statutes zur Annahme, der besagt, daß sich
dauernd arbeitsunfähig gewordene Mitglieder durch Zahlung
von zwei Wochenbeiträgen im Quartal die Anwartschaft auf
das Sterbegeld erhalten können.

Die Entschädigung der Delegierten für die Dauer des
Verbandstages wird dahin geregelt, daß für entgangenen
Arbeitsverdienst 5 Mk. und als Spesen 8 Mk. pro Tag fest-
gelegt werden.

Die zur Festsetzung einer Gehaltskala für die Beamten
gewählte Kommission erstattet darauf Bericht und schlägt dem
Delegierten vor, eine Resolution anzunehmen, die folgendes
besagt:

Die Bezirksbeamten erhalten im ersten Jahre ihrer An-
stellung, das als Probejahr gilt, pro Monat 140 Mk.; im
zweiten Jahre steigt dieses auf 150 Mk.; in jedem weiteren
Jahre um 5 Mk. pro Monat bis zum Höchstbetrage von
2100 Mk. im Jahre. Die Beamten an der Zentralkasse
erhalten anfänglich 150 Mk., steigend jährlich um 5 Mk.
pro Monat, bis zum Höchstbetrage von 2250 Mk. im Jahr.
Außerdem erhält der Vorsitzende eine jährliche Zulage an
Repräsentationskosten von 300 Mk. Bei Pflichtwidrigkeiten
der Beamten, ist der Vorstand befugt, die Steigerungssätze zu
sperrern. Gegen Invalidität und Unfall sind die Beamten vom
Verbande zu versichern. Die Kosten der ersten Versicherung
trägt der Verband nur zur Hälfte.

Die Resolution der Kommission wird en bloc angenommen,
jedoch dem Vorstande das Recht gegeben, in außergewöhnlichen
Fällen einen höheren Satz zu bestimmen. Die beschlossene
Regelung tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.

Damit ist der Verbandstag am Schlusse der Beratungen
angelangt.

Der Vorsitzende, Kollege Kurtzsch, betont in der
Schlußrede, daß die Verhandlungen gute Fortschritte gezeigt
hätten. Alle seien fortgeschritten gefimmt gewesen, eine Ver-
änderung sei nicht zu bemerken. Der der Zukunft brauche
es daher nicht zu bangen. Große Kämpfe werden wir
siegreich durchreiten, wenn in den Zahlstellen überall der
lebenbejahende Geist herrsche wie auf dem Verbandstage.
Der Zentralvorstand habe manchen Rippenstoß erhalten, die

Delegierten manche Anregungen empfangen. Nunmehr geht es mit neuem Mut an die Arbeit zu gehen. Die günstige Geschäftslage müsse zum Besten der Kollegen ausgenutzt und der Verband in die Höhe gebracht werden. Alle gefährlichen Klippen müßten beachtet und die Beitragserhöhung wie früher mit einer Mitgliederzunahme beantwortet werden. Seitens ist es uns möglich gemacht, den Kollegen zu helfen und so haben wir die Pflicht, vor sie zu treten und zu erklären: Entweder zahlen wir den erhöhten Beitrag und verbessern uns oder zahlen ihn nicht und es bleibt alles beim Alten. — Ein kräftiges Hoch auf den Verband bewies nach den gemachten Ausführungen, daß die Delegierten ihre Pflicht tun werden.

Schiffers-Düsseldorf als Vertreter des Gesamtverbandes richtete dann noch einige Worte der Anerkennung an die Delegierten. Der Holzarbeiterverband habe sich fleißig dadurch hervorgetan, daß er geschulte und opferwillige Kollegen besessen habe. In Zukunft müsse dieses auch so bleiben und der Verband ein tüchtiges Glied in der Kette der Gesamtbewegung werden. Letztere sei wie der Verband im stetigen Vormarsch begriffen. Dieses ginge auch schon daraus hervor, daß derjenige, der früher erklärt habe, die christlichen Gewerkschaften humpelten auf der letzten faulen Krücke herum, heute einer Verschmelzung der Gewerkschaften das Wort rede. Mit jemandem, der auf einer faulen Krücke humpelt, würde aber gewiß niemand ein Bündnis eingehen. Ueber alle Schwierigkeiten der Zukunft werde uns die Opferwilligkeit der Mitglieder hinweghelfen. Seine Worte klangen aus in ein Hoch auf die Gesamtbewegung.

Der Verbandsrat hatte damit sein Ende erreicht.

Bedarf das Kartellwesen einer Regelung?

Diese Frage, die auch in Nr. 12 des „Zentralblattes“ behandelt wurde, muß uns vom Standpunkte des Konsumenten aus interessieren. Das Wesen der Kartelle ist ja das der Produzentenorganisation zum Unterschied von dem der Arbeitgeberorganisation. Wenn eine nachteilige Wirkung von den Kartellen auf die Arbeiter ausgeht, wie sie eben nur in verstärkter und offizieller Weise von den Arbeitgeberverbänden ausging, so beruht das auf einem Mißbrauch des Kartellsystems, der allerdings für die teilnehmenden Personen vorteilhaft nahe liegt. Die Personen in beiden Organisationen sind vielfach dieselben.

Vom Arbeiterstandpunkte aus müssen wir daher vor allem die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen verlangen. Fälle, wie die von Sandhausen und Schleiden, in denen unsere Kollegen zwangsweise zum Austritt aus dem Verband veranlaßt werden sollen, müssen unter Strafe gestellt werden. Da dürfen wir nicht ablassen, bis daß dieses krasse Unrecht beseitigt ist.

Es geht uns aber tatsächlich bisher an direktem Verweismaterial, nach welchem die Kartellorganisation statutarisch Schädigungen der Arbeiter bezwecken. Statutarische Bestimmungen dieser Art müssen, wenn es sich um Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter handelt, eben von Gesetzeswegen aufgehoben werden. Das würde allerdings nicht verhindern, daß die Kartellmitglieder trotzdem in ihren Zusammenkünften mündliche Abmachungen zum Schaden der Arbeiter beschließen könnten.

Wir müssen uns eben mit der Tatsache abfinden, daß vom Arbeiterstandpunkte aus sonst gegen die Kartelle nichts zu erinnern ist, und uns auf die Eringung und offizielle Anerkennung des vollen Koalitionsrechtes beschränken.

Die Arten dieser Unternehmervereinigungen sind sehr zahlreich und verschieden. Es lassen sich deshalb allgemeingültige gesetzliche oder freie Maßnahmen sehr schwer finden. Zunächst sind es nun nicht die Arbeiter, die von den Schattenseiten der Kartelle betroffen werden. Die Nächsten sind die anstehenden (nichtkartellierten) Unternehmer, die Weiterverarbeiter, der Zwischenhandel und dann besonders die gesamte Konsumentenchaft. Auf privatem Wege ist gegen die Kartelle nichts zu wagen. Man hat daher besonders von der Seite der Anstehenden und Weiterverarbeiter nach staatlichen Maßnahmen gerufen.

Unsere Gesetzgebung mit allen Paragraphen der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Strafrechts reicht aber nicht aus, eine nur nennenswerte Aenderung der bestehenden Zustände herbeizuführen.

Die schädlichen Folgen der Kartelle auf jene Kreise und eine eventuelle Abhilfe können wir hier auch unberührt lassen. Die Tatsache jedoch, daß der Konsum durch übermäßige Preissteigerungen der Kartelle schwer belastet wird, zwingt uns, die vorgeschlagenen Maßnahmen kurz zu skizzieren.

Da die private Tätigkeit hinsichtlich der Beseitigung der Kartellschäden vollständig verlagert, so bleibt eben nur der Staat übrig, der Abhilfe schaffen könnte. Die Schäden sind ja wirtschaftlicher Art und ihre Beseitigung kann daher nur auf dem gleichen Wege erfolgen. Von den vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen kommen zuerst Zollpolitische in Betracht. Schnitzholz auf jene Warengruppen, die im Auslande billiger verkauft werden, als im Inlande, wären solange anzuhängen, bis durch die neugeschaffene freie Konkurrenz der Preis eine normale Höhe wieder erreicht hätte. Ferner Maßnahmen in der Tarifpolitik der Eisenbahnen. Für solche Produkte, die im Vergleich zu ihrem Raumwerte sehr viel durch Transport verteuert werden, sollen die Frachtkosten ermäßigt werden, damit durch die Konkurrenz des Auslandes der freie Wettbewerb ebenfalls wieder hergestellt wird.

Diese vorgeschlagenen Mittel und auch der weiterhin vorgeschlagene Weg der internationalen Berühmigung sind ohne Zweifel nicht von durchgreifender Wirkung.

Um die Monopolstellung der Kartelle zu brechen, hat man auch den Freihandel und die Verstaatlichung verlangt.

„Freihandel“ ist ein Schlagwort geworden. Wir können hier ebenfalls betonen, daß wie die Dinge in Deutschland

liegen, der Zollschutz notwendig ist. Selbst England, auf das man so gerne hinweist, ist nicht ohne Zölle.

Wenn von Verstaatlichung die Rede ist, so kann es sich vorläufig nur um den Bergbau handeln. Die preussische Regierung ist dazu übergegangen, einzelne private Bergbetriebe, Sibiria (Kohle), Hercynia (Kalk), anzulassen, um Einfluß auf die Syndikate zu gewinnen. Diese Maßnahmen werden jedoch kaum genügen, die Preispolitik der Kartelle wesentlich zu beeinflussen. Will man den Bergbau nicht verstaatlichen, so sollte man wenigstens das Recht der Berggerechtigkeit auf die bisherigen Inhaber beschränken und weitere Bindungen an sich ziehen.

Auch der angezogene Artikel des „Zentralblattes“ schließt sehr skeptisch, „mit dem staatlichen Eingreifen würde es noch gute Weile haben, weil das Kartellproblem zu wenig geklärt und ein gangbarer Weg bisher vorderhand nicht zu finden sei.“ Um aber die Kartelle, ihr Wesen und ihre Tätigkeit kennen zu lernen, muß eben alles Nötige darüber bekannt werden.

Recht sonderbar erscheint daraufhin die Kassafrage, daß gelegentlich der deutschen Kartellenquete eine Reihe von Kartellen das Bestehen zeigte, sich in ein gewisses Dunkel zu hüllen. 20 Verbände haben trotz wiederholter Mahnung die Fragebogen überhaupt nicht beantwortet. In einzelnen Fällen steigerte sich dieses Bestehen bis zu dem Antrage, selbst von der Errohung der Gestenz des Kartells in der für den Reichstag bestimmten Denkschrift Abstand zu nehmen.

Warum diese Geheimtueri? Muß man da nicht annehmen, daß Dinge vorliegen, die das Recht der Öffentlichkeit nicht vertragen, auf vorliegende Schädigung der Konsumenten und auch der Arbeiter hinauslaufen?

Die amtlichen Verhandlungen über die großen Syndikate, das sei hier eingefügt, haben, mit Ausnahme des Spiritusverbandes, kein belastendes Material zu Tage gefördert. Es ist jedoch im Interesse aller Aufklärung und Einblick notwendig.

Zu diesem Zwecke hat man ein sogenanntes Kartellregister vorgeschlagen. Bezirksweise wären Kartellämter zu schaffen. An ein solches Kartellamt hätten die Kartelle ihre Statuten und event. Aenderungen einzureichen. Mit der Genehmigung der Statuten würde die Rechtsfähigkeit verbunden sein durch Eintragung in das Kartellregister. Eine Zentralkarte für das Kartellwesen in Berlin als oberste Instanz wäre dem Reichsamt des Innern anzugleichen.

Auch sonst soll der Staat das Recht haben, Berichte einzufordern über geschäftliche Maßnahmen. Dann soll die gesamte Tätigkeit der Kartelle durch amtliche Organe publiziert werden.

Dieser Vorschlag wäre der nächstliegende durchführbare. Es würde dadurch Licht in das Dunkel gebracht werden.

Dem letzten Reichstag wurde die Kartelldenkschrift vorgelegt, die ja ohne Zweifel zur Klärung dieser Materie beigetragen hat. Was auch kommen mag, die Organisation der Unternehmer wird nicht angetastet, der Weg der genossenschaftlichen Selbsthilfe wird ihnen in keiner Weise verlegt werden. Wie steht es aber mit dem diesbezüglichen Rechte der Arbeiter? Bereits im Anfang unseres Artikels streiften wir zwei Fälle schlimmster Unternehmerrückgriff. Sie verlangen ist daher, daß sich der nächste Reichstag energisch mit der Ausgestaltung und völligen Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter befaßt, damit diese dort, wo staatliche Maßnahmen versagen, ihre Interessen als Konsumenten und Arbeiter gegebenenfalls auch gegen die Kartelle schützen können.

Stellmacher organisiert euch!

Schon in verschiedenen Artikeln ist in unserem Organ die schlechte wirtschaftliche Lage, in welcher sich die Stellmacher befinden, beleuchtet worden. Gerade in der jetzigen Zeit, wo in der ganzen organisierten Arbeiterschaft ein Kampfen nach Verbesserung ihrer Lebenslage eingeleitet hat, in ihrem Ringen mit den immer mächtiger werdenden Arbeitgeberverbänden steht man so recht, ein wie großer Feind, ein wie großes Hindernis gerade die indifferente Masse ist, welche sich hier ihren eigenen Ständegenossen hindernd in den Weg stellt. Es trifft dieses wohl noch in allen anderen Berufen zu, in ganz besonderem aber bei uns Stellmachern, welche nur in kleinerem Maße und auch nur in einigen größeren Städten den Wert der Organisation erkannt haben. In den mittleren und kleineren Städten steht die übergroße Mehrzahl der Kollegen der Organisation noch fern, während auf dem Lande wohl mit Recht behauptet werden kann, daß kein einziger Kollege organisiert ist. Daß auch diese Kollegen mit herangezogen werden, muß unsere nächste und vornehmste Aufgabe sein. Erweisen wir doch nicht nur jenen, sondern auch uns den größten Dienst, indem wir unsere Reihen stärken und dadurch leistungs- und aktionsfähiger werden und unsere wirtschaftliche Lage mehr wie bisher verbessern können.

Es muß hier die Frage aufgeworfen werden, wie kommt es, daß die Kollegen so schwer zu gewinnen sind, spüren sie doch die schlechten Verhältnisse am eigenen Leib und müßten deshalb leichter zu bewegen sein, das Mittel zu ergreifen, welches allein imstande ist, diese Verhältnisse besser zu gestalten, nämlich sich zu organisieren. Sehen sie doch täglich wie andere Berufe, auch in kleineren und mittleren Städten, sich auf Grund des Zusammenschlusses bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen haben und erringen, und trotz der vielen Beispiele dieselbe Gleichgültigkeit, dieselbe Lauigkeit und Betrüben in dem Sinne der Interessentlosigkeit. Es muß gesagt werden, die Kollegen kennen die schlechte Lage gar nicht, in welcher sie sich befinden. Die meisten Kollegen, welche das Stellmacherhandwerk erlernt haben oder noch erlernen, rekrutieren sich aus den ärmeren Gegenden und ärmsten Familien, ausgenommen solche, welche später das väterliche Geschäft übernehmen sollen. Aufgewachsen in den schlechtesten Verhältnissen, tritt eine Verbesserung derselben in der Jugendzeit nicht ein, womöglich eine Verschlechterung. Der Lehrling wird hier direkt an eine lange Arbeitszeit, welche in der

Regel 12—14 Stunden beträgt, gewöhnt. Auch die gewöhnlich nicht danach angetan, den Lehrling mit den Bedürfnissen des Lebens bekannt zu machen, von Wohnung, Schlafräumen nicht zu sprechen. Wenn die Lehrzeit dann tritt der neugeborene Geselle mit den notwendigen Kenntnissen, denn, nebenbei bemerkt, mehr wie ein Maß Gesell und einige Reparaturen, lernt er nicht machen. Der Meister sieht nicht auf gründliche Ausbildung des Lehrlings, vielmehr sucht er ihn in einigen Arbeiten, welche häufigsten vorkommen, auszubilden, um so schnell wie einen Gesellen an ihm zu sparen und dem guten Mat, sich in der „Fremde“ Fertigkeiten anzueignen, hinaus ins Die Verhältnisse, in welchen er groß geworden, sind in zweiter Natur geworden. Das Kost- und Logiswesen, in unserem Beruf noch vorherrschend ist, ist ganz danach angetan, in ihm die Meinung zu bestärken, daß es ganz anders möglich sei, vielmehr ganz zwecklos sei, die Aenderung herbeizuführen zu wollen. Ja es gibt Kollegen welche aus diesen Verhältnissen herausgerissen werden schlecht in andere einleihen können, infolge des oben geführten. Als Beispiel sei nur angeführt, daß ein Kollege dieses, Kollegen getroffen hat, bei denen der Meister Kost und Logis im Hause abgeschafft, die Kollegen aber wieder hin- und hater es wieder einzuführen, trotzdem die Kost weniger als gut und der Schlafraum sich direkt über dem Abort und dem Schweinestall befand.

Tritt man nun an solche Kollegen heran mit dem Ersuchen sich dem Verband anzuschließen, dann erhält man gewöhnlich zur Antwort, „Es hat ja doch keinen Zweck“, oder, es ist doch nicht anders. Etwas Selbstbewußtsein findet man ihnen nicht. Ihre Hauptaufgabe besteht vielmehr darin möglichst lieb beim Arbeitgeber zu machen. Kollegen Solidarität sind ihnen fremde Begriffe. Derartige Kollegen für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen, ist das Schwerste. Hier ist Aufklärung am Platze. Man muß immer und immer wieder an sie herantreten, ihnen Augen führen, daß auch sie gelehrte Handwerker sind, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, angemessenen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verlangen, ihnen die gewerkschaftlichen Erfolge, welche sich auch schon die Stellmacher in einigen größeren Städten errungen haben, vorzuführen mit ihrer schlechten Lage bekannt machen, ihnen zum Bewußtsein bringen, wie verwerflich es ist, eine kleine Rolle im Kampf aufreiben zu lassen, während sie, die große Rolle absteht stehen, ja sich ihnen womöglich noch hindernd in den Weg stellen. Man muß das Ständebewußtsein der Kollegen zu wecken versuchen und wenn dieses mit Ausdauer betrieben wird, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Um die Agitation unter diesen Kollegen zu betreiben müßte an den Orten, wo die Stellmacher mit einer erheblichen Zahl in Frage kommen und unser Verband schon eine feste Stelle hat, ein Kollege der Ortsverwaltung sich dieser unterziehen und suchen auch die Stellmacher für den Kampf zu gewinnen. Wenn dann einige gewonnen sind, kann eine Sektion gegründet werden mit einem eigenen Vorstand, aus Berufskollegen besteht, der dann die Agitation in die Hand nimmt. Es ist dieses eine schwierige Aufgabe, je schwieriger die Sache, desto schöner der Erfolg, und gerade die Stellmacher, wenn sie einmal selbstständig auch festhalten, dafür sprechen verschiedene Beispiele.

Ein weiterer Umstand, welcher die Kollegen von der gewerkschaftlichen Organisation noch fern hält, ist der Wunsch einmal selbstständig zu werden. Wie schon erwähnt, besteht sich die Ausbildung in der Lehrzeit auf das Allernötigste auf Kader, Gestelle und sonstige Kleinigkeiten. Diese legen ihre Hauptaugenmerk auf die gewerkschaftliche Ausbildung. Es kommt ihnen auf Lohn oder Arbeitszeit nicht an, vielmehr suchen sie sich so viel Kenntnisse anzueignen, um Stellmacher zu werden und dann ein eigenes Geschäft leiten können. Es ist dieses ganz berechtigt und ein jeder soll sich soviel wie möglich Kenntnisse aneignen, weil ihm nicht genommen werden können und auch bezahlt werden. Aber man sollte über dem Streben nach dem eigenen, andere, welches eben so wichtig ist, nicht vergessen, nämlich sich zu organisieren. Auch hier hört man wieder das alte: „Für mich hat es keinen Zweck, ich werde doch selbstständig.“ Aber den der die wirtschaftliche Entwicklung, welche sich auf unserm Gewerbe vollzieht, verfolgt hat, wird die Aenderung welche sich bemerkbar macht, gewiß zum Nachdenken anregen. Wer garantiert dem Kollegen, daß er einmal selbstständig wird? Es ist dieses nicht mehr so leicht wie es früher der Fall war. Man benötigt schon immer einiges Kapital dazu. Hause ist gewöhnlich nichts da und die Löhne sind nicht nach angetan, etwas zu erübrigen. Wer weiter die Entwicklung in den letzten Jahren beobachtet hat, wird ebenfalls feststellen müssen, daß auch in unserm Beruf das Großhandels eine Position nach der anderen erobert und man mehr und mehr zum Großbetrieb übergeht. Die Betriebe, welche den neunziger Jahren Fahrräder, Nähmaschinen oder gleichen Artikel herstellten, haben ihre Betriebe vergrößert und sind zum Motorenwagenbau übergegangen. Fast alle Wagenfabriken machen dasselbe.

Kurz und gut, es ist ein neuer Industriezweig, welcher in der Entwicklung begriffen ist, und wer wollte behaupten, daß mit dieser Entwicklung nicht auch die Fähigkeiten, Leistungen der Arbeiter in erhöhtem Maße in Anspruch genommen sind. Was wird z. B. in einem derartigen Betrieb alles von einem Kassenmacher verlangt? Er muß nicht nur körperlich sondern auch geistig angestrengt arbeiten. Dieses die Kollegen bedenken, welche immer mit der Hand bei der Hand sind: „Wir haben es nicht nötig, uns zu organisieren, weil wir selbstständig werden“, dann werden sie zur Einsicht kommen: Je schwieriger dieses wird, desto mehr muß man sich zusammenschließen, um so angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, daß sie, wenn sie gewerbliche Arbeiter eines Großbetriebs beschäftigt sind, in der Lage sind, eine Familie anständig ernähren zu können. Das dieses bis heute noch nicht der Fall ist, dafür ist

... die bisher noch begehrt worden sind, welche in ... 3,50 Mt. bis 5 Mt., in kleineren Städten noch ... niedriger sind. ... Sage keiner, ich habe es nicht nötig, aber ... keinen Zweck für mich, oder ich kann die Beiträge ... schwingen; es sind nur Ausreden, welche so oft wider ... werden sind. Es ist noch keinem etwas in den Schoß ... sondern alle anderen Berufe, welche sich heut besser ... wie wir, haben schwer kämpfen müssen. Gerade die ... Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges ist dazu angetan, ... Verhältnisse zu erringen. Verschlafen wir nicht ... sondern hören man auf die Stimme des Mahners, ... uns herantritt, um uns das Mittel in die Hand ... welches wir so notwendig bedürfen, das Mittel der ... schaftlichen Organisation, den christlichen Holzarbeiter ... An die Kollegen, welche schon jetzt den Wert der ... sation erkannt haben, sei die Mahnung gerichtet, jeder ... und treu zum Verband zu halten, sich durch nichts ... lassen und überall neue Mitglieder für den ... zu werben. Sorgen wir aber auch, daß der Ver ... die Mittel bekommt, um uns in jeder Beziehung unter ... zu können. Wenn wir selbst auf dem Plane sind und ... Arbeit von den anderen Berufscollegen unterstützt ... dann wird auch für uns Stellmacher einmal eine ... Zeit andbrechen. C. W., Köln.

Mannheimer Brief.

Bei Gelegenheit der hier vor einigen Wochen statt ... Lohnbewegung haben wir die Ueberzeugung ge ... daß manchen Mitgliedern des sog. Holzarbeiterver ... die von oben herab betriebene Christenbege zuwider ... braucht auch nicht zu verwundern, wenn vielfach ... einfließt durch die ihnen hinter geschlossenen ... erzähltsten Schauermärchen, die Christlichen für die ... Subjekte halten, die überhaupt existieren. Erst ... als vor der Berührung mit den Christlichen sorgsam ... „Genossen“ bei Bewegungen zusammenkommen, ... sie, daß eigentlich diese „Christen“ gar „nicht so ... daß die Obergewissen ihnen zu Unrecht einen „Wau ... in den Christlichen dargestellt, um nicht zu sagen, sie ... miselt haben. Um nun eine solche bessere Einsicht bei ... Genossen nicht Platz greifen zu lassen, sucht man ein ... dieses Arbeiten anzufassen. Einen anderen Grund ... Verhalten der „Obergewissen“ bei der hiesigen Be ... kann man sich nicht leicht denken. Ob die vergangene ... auch dazu beiträgt, den schändlichen Terrorismus ... ligen, muß erst die Zukunft lehren. Man hätte ja ... Lager genug zu tun und zu bessern. Besonders ... war es in jeder Zeit zu sehen, wie sich die „freien“ ... und die ebenso „freien“ Holzarbeiter in den Paaren ... Regiere sollen nämlich nach Aussage der ersten ... geist haben. Unserer Ansicht nach liegt die Sache ... doch die „Genossen“ keinen Verrat üben können ... nicht nur bei den „Christen“, und daß daher keiner ... den Streitenden Recht hat. Nun können aber bekannt ... „Genossen“ auch nie lügen, also wird eben alles ... sein, was die Weiden schreiben. Wenn diese Folgerung ... einer Tätigkeit gleich kommt, die man im täglichen ... „Wald schwärzen“ nennt, dann ist das dem Bestreben ... zu halten, die zwei armen, wahrheitsliebenden „Ge ... zu entschuldigen. ... die Genossen die Arbeiterinteressen ganz gründlich ... den“, das sehen wir täglich in Mannheim. Das „süße ... Verzeihung, Genosse Süßkind, hat es beispielsweise ... gebracht, daß in Neckarau rund 2500 Arbeiter mit ... tung in den Streik getreten sind. Die persönliche ...ämpfung der Fabrikleitung hatte jedoch zur Folge, ... die Verhandlung verweigert wurde. Das Beste aber ... der verantwortliche Gewerkschaftsgenosse ändern ... gestand, daß er noch gar keine Genehmigung zum ... habe. Nun wurde versucht, die Leute wieder zur Ver ... bringen bzw. zu bremsen, aber umsonst, denn was ... Kinder“ gemacht haben, läßt sich nicht so leicht ändern. ... Änderungen selbst waren ja mehr wie berechtigt; zu ... ist nur, daß dieser Streik in so frivolster Weise vom ... gerissen wurde. Von den rund 2500 Arbeitern war ... ganz kleiner Bruchteil organisiert, Geld war keines ... den, die Zentrale hatte die Genehmigung nicht erteilt ... alle dem ließ man den Landtagsabgeordneten Genossen ... in die Versammlung gehen, um die Leute scharf zu ... Wie selbst das hiesige sog. Organ gestand, ist dieser ... zu solchen Dingen total unbrauchbar, ebenso der jetzt ... che Lokalbeamte. Dazu kam noch die gehässige, per ... Kampfesweise gegen die Firma, wodurch deren Wider ... noch gestärkt wurde. Hunderte von Familien sind durch ... verheerliche freventliche Laktit in Not geraten, Hunderte ... los geworden und das Ende? Bedingungslos mußte ... Wochen die Arbeit wieder aufgenommen werden. ... Hof war vor kurzem wegen Maßregelung ein Streik ... 1200 Mann ausgebrochen, der jedoch alsbald durch ... bereinstellung der Entlassenen beigelegt wurde. Als ... Direktor meinte, die Führer sollten jetzt dafür sorgen, ... sonstiger Beziehung wieder Ordnung im Betriebe ein ... meinte der Obergewisse Jochem vom Maschinenst ... verband, es seien eben einige radikale Elemente ... Fabrik und solange diese da seien, gebe es keine Ruhe. ... sich natürlich der Direktor nicht zweimal sagen und ... den Betrieb von den „radikalen Elementen“ zu säubern ... Massenbewußtsein, verhalte beim Angesicht! Radikalis ... bist du geblieben? ... interessant war auch bei dieser Bewegung, daß der ... arbeiterverbandsführer Schneider von den eigenen Ge ... mitdargestellt wurde, und daß er sich nicht mehr ... in die Versammlung zu gehen, da er wohl sonst ... Strauß Berggemeinicht von seinen Freunden bekommen ... So lohnt sich das Großsprechen. Aber so geht es ja

überall, nicht zuletzt auch beim „roten“ Holzarbeiterverband. Erst wird ein Riesensläm gemacht und dann, wenn in der Klasse das riesige Vermögen, das der „deutsche“ Verband hat, — nicht mehr drin ist, dann hoch, was blasen die Trompeten? „Reißt aus, reißt aus, reißt alle schleunigst aus“, — ganz wie bei den Krähwinklern. An den diesjährigen Mannheimer Bewegungen sind nun meistens die Berufe der Hilfs- und Transportarbeiter und besonders diejenigen der hier stark vertretenen Metallindustrie beteiligt. Es gibt Leute, die der Ansicht Ausdruck geben, daß an Streiks in mancher Beziehung hier zuviel getan werde. Sei dem wie ihm wolle, von Bedeutung ist auf alle Fälle das Urteil eines Pfälzer sozialdemokratischen Blattes, das bei Gelegenheit der Bewegung in der Millinfabrik den radikalen unverantwortlichen Schreibern ganz derb die Wahrheit sagen mußte. „Es sei für die Arbeiter schädlich“, so meinte die erwähnte Zeitung, „wenn solche Elemente „am Streikfeuer ihr Parteisüppchen“ kochen wollen“. Dieselbe Geschichte wie beim Bergarbeiterstreik und beim Elektrizitätsarbeiterstreik in Berlin usw. Obs aber anders wird? So lange die einflussreiche Partei-Gehepente ihren Unfug weiter treiben darf, ist nicht daran zu denken. Sind doch die vielen trassen Terrorismussfälle hier in Mannheim auf das gemeingefährliche Treiben einer solchen Presse zurückzuführen. Welche Sprache die hiesige „Volksstimme“, die, was „Kuppigkeit“ anbelangt, der „Leipziger Volksstimme“ ebenbürtig ist, zu führen beliebt, davon nur eine kleine Probe aus der neuesten Zeit. Das genannte Organ hatte die Christlichen und S.-D. Organisationen mit dem Namen: „Mist- und Schmarozkerpflanzen“ belegt. Von unserer Seite wurde diesem Ausdruck keine Bedeutung beigemessen, da hier jeder anständige Mensch weiß, daß man die „Volksstimme“ nicht mehr ernst nimmt und sie daher auch niemand beleidigen kann. Das Hirsch-Dunker'sche volksparteiliche Organ jedoch schrieb u. a. von einem „unflätigen Subjekt“, das sich „erfreche“, obigen Namen zu gebrauchen. Weiter heißt es dann: „Es wäre wirklich nötig, hier und da die Hundspeißche hervorzuholen und einem solch klaffenden Rüter — wenigstens moralisch — ein paar über seine Frage lassen zu lassen“. Die Volksstimme schrieb dann in der Antwort von einem „Lobsuchtsanfall“ eines „geistigen Kuli“ und von einem ebenso „gemeinen wie öden Quatsch“. Nach Wiedergabe des S.-D. Angriffes heißt es: „Diese paar Sätze bilden eine so innige Verbindung von Blödsinn, Gemeinheit und niederträchtiger Denunziationsucht, daß wir bloß bedauern, für ein Organisationsrudiment, dessen Abonnentenschwindelbüchsiges Organ solche Artikel zu verbreiten wagt, nicht einen schärferen Ausdruck wie „Mist- und Schmarozkerpflanze“ angewandt zu haben. ... Solange verdienen gewisse Bürschchen allerdings nicht „mit der Hundspeißche über die Frage gehauen zu werden“, sondern es gehört ihnen bloß ein verächtlicher Fußtritt“. Mehr kann man tatsächlich nicht verlangen. Besonders gut aber nimmt sich diese Aufregung der „Volksstimme“ aus, wenn man sieht, wie das S.-D. Organ feststellt, daß alle Stellen, die „so sehr das Mißfallen des roten Krakehlers“ erregt haben, wörtlich der sog. „Leipziger Volkszeitung“ entnommen sind. „So geht's“, meint dann das genannte Blatt, „wenn man in der Wut mit allen Bierern schlägt und zum Schluß sehen muß, daß die schmachlichen Ausbrüche aus dem Anstandslexikon der eigenen Genossen kommen.“ Ein Trost bleibt wenigstens noch, daß die denkenden Arbeiter sich immer mehr von solchen Leuten abrüden und einer besseren Zukunft in den christlichen Gewerkschaften entgegenzugehen bereit sind.

Verwaltungskosten und Gehälter bei den Handwerkskammern.

Von den Handwerksmeistern und ihren Organen wird heute noch vielfach der Arbeitern, besonders aber den Handwerksgehilfen empfohlen, sich nicht durch das Viebeswerben „gutbezahlter Agitatoren und Geher“ zum Eintritt in die Gewerkschaftsbewegung verleiten zu lassen; da diese für die Gesellen nicht bloß überflüssig, sondern sogar schädlich sei. Die Gewerkschaften seien ja doch nur dazu da, um verschiedenen an der Spitze stehenden Personen gutbezahlte Stellen zu verschaffen. Mit solchen Hinweisen versucht man die noch nicht organisierten Gesellen und Arbeiter gruselig zu machen, man spekuliert auf Neid und Mißgunst, um die weitere Ausbreitung der Gewerkschaften zu verhindern. Die hohen idealen Ziele, welche die Gewerkschaften erstreben, werden verschwiegen, die Notwendigkeit der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestritten, dagegen sollen die Führer in den Augen der Arbeiter sowohl, als in der Öffentlichkeit heruntergeleitet und verdächtigt werden. Wie es in Wirklichkeit bei den christl. Gewerkschaften aussieht, kann jeder organisierte Kollege aus der Abrechnung seines Verbandes ersehen und hierbei konstatieren, daß mancher im Arbeitsverhältnis stehende Kollege eine größere Einnahme zu verzeichnen hat, als der sog. „gutbezahlte Agitator“. Zu berücksichtigen ist, daß der Gewerkschaftsbeamte eine geregelte Arbeitszeit überhaupt nicht kennt. Tag für Tag hat er spät Abends Versammlungen oder Sitzungen, er kann selten vor 12 oder 1 Uhr nachts zur Ruhe gehen und der eigentliche Ruhetag, der Sonntag, auf den sich sonst ein jeder Mensch freut, ist für den Gewerkschaftsbeamten gar nicht vorhanden. Dieses sind einige Streiflichter auf das Leben der sog. gutbezahlten Agitatoren und Geher in den Gewerkschaften. Die Handwerksmeister würden deshalb gut tun, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern; hier hätten sie eine ausreichende Beschäftigung. Gehen doch die Arbeitgeberverbände, und die Handwerksmeister treten diesen doch einzeln und in corpore bei, immer mehr dazu über, eigene Beamten anzustellen. Wenn die Handwerksmeister diese denn als gutbezahlte Agitatoren und Geher bezeichnen wollen, wird uns

dieses gleichgültig lassen; gegen beide Titulaturen sollen diese sich selber helfen. Wie sieht es aber in dieser Beziehung in der eigensten Domäne der Handwerksmeister, in der Handwerkskammer, aus? Wie ist dort die Stellung und Besoldung der einzelnen Leiter und der Angestellten? Wollten wir boshaft sein, so könnten wir sie auch Agitatoren und Geher nennen und ob sie gut bezahlt werden, das werden wir gleich beurteilen können. Vor uns haben wir den Bericht der Handwerkskammer Düsseldorf, einer Kammer also, die jedenfalls doch nicht an letzter Stelle steht. Aus dem Etat dieser Kammer ersehen wir, daß sich die Ausgaben derselben für das Rechnungsjahr 1906—07 auf 89000 Mt. belaufen. Von diesen Ausgaben sind nun 60000 Mt. reine Verwaltungsausgaben, während man weitere 11000 Mt. ebenfalls dazu rechnen kann, sodas sich die Verwaltungskosten insgesamt auf 71000 Mt. belaufen, also fast 80% der Gesamtausgaben. Was uns aber mehr interessiert, ist die Entschädigung, welche der Vorsitzende für seine Mühewaltung erhält und die Gehälter der übrigen Angestellten. Für die Wahrnehmung der Geschäfte im Nebenamte erhält der Vorsitzende der Kammer an Entschädigung für Zeitverlust jährlich 2400 Mt., an Reisekostenentschädigung 600 Mt., an Repräsentationsgelder 600 Mt., zusammen 3600 Mt. im Jahre. Wie nun die „Westdeutsche Gewerbezeitung“ mitteilt, bringt der Vorsitzende wöchentlich nicht mehr wie 2 Tage in der Kammer zu, was einem jährlichen Aufwand von 100 Tagen gleichkomme, sodas die Entschädigung für jeden Arbeitstag 24 Mt. betrage. An den ausgeworfenen Reiseflosten seien ebenfalls im Jahre 360 Mt. zu erübrigen. Dazu komme denn noch, daß die Unkosten für Versammlungen, Sitzungen und Vertretungen extra vergütet würden. So habe der Vorsitzende bei der Vertretung der Kammer in Lübeck neben dem Fahrgehalte 2. Klasse ein Zehrgeld von mehr als 40 Mt. täglich verbraucht. Solchen Entschädigungen und Spesen gegenüber verschwindet das Gehalt des Gewerkschaftsbeamten, der von diesem auch noch eine Menge Ausgaben, bei Versammlungen, Sitzungen und sonstigen Anlässen, zu tragen hat. Man wird weiter nicht sagen können, daß das Amt eines Vorsitzenden einer Handwerkskammer ein besonders aufreibendes sei, so daß hierdurch ein vorzeitiger Kräfteverbrauch herbeigeführt werde und sich aus diesem Grunde eine höhere Entschädigung als notwendig erweise. Kein Gewerkschaftsbeamter erhält ferner ein Gehalt, wie der erste Sekretär der Kammer mit 4500 Mt. und der stellvertretende Sekretär und Kassensführer mit 3900 Mt., trotzdem wohl in den meisten Fällen ihre Arbeitsleistung eine weit intensivere sein muß. Wir stehen auf dem Standpunkte, eine jede Arbeit ist ihres Lohnes wert, auch die eines Vorsitzenden der Handwerkskammer. Allein, wie oft hat man nicht von seiten der Handwerksmeister, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, in unnobler Weise gegen die Gewerkschaftsbeamten losgelegt und denselben alle möglichen unlauteren Motive untergeschoben. Wir sind nicht so boshaft, dieses Gebaren in gleicher Weise vergelten zu wollen, verlangen denn aber auch, daß man den Gewerkschaftsbeamten nichts unterstelle, dessen man selber nicht gern geziehen würde.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Juli 1906 fällig ist.

Die Bezirksstelle München erhält die Genehmigung, vom 1. August ab neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag von 50 Pfg. einen Lokalzuschlag von 30 Pfg. pro Woche zu erheben. Der Gesamtwochenbeitrag beträgt somit 80 Pfg.

Die Bezirksstelle Seltentirchen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. Die dortigen Kollegen leisten daher vom 1. August einen Wochenbeitrag von 60 Pfg.

Drei Gewerkschaftssekretäre gesucht. Der Verbandstag beschloß die baldige Anstellung von drei Bezirksbeamten. Die Stellen werden hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerber (Verbandsmitglieder) wollen ihre Offerten nebst selbstgeschriebenen Lebenslauf und einer kurzen Abhandlung über die Aufgaben eines Bezirksbeamten bis spätestens 17. Juli an die Zentrale des Verbandes, Köln, Palnstraße 14, gelangen lassen.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegt der vom Vorstande erstattete Geschäfts- und Kassenbericht bei, der jedem Mitgliede gratis zugestellt wird.

Auf Grund der vom Verbandstage und von der Bezirksstelle Köln getätigten Wahlen, setzt sich der Zentralvorstand für die nächsten zwei Jahre aus folgenden Kollegen zusammen: Heinrich Kurtscheid, Heinrich Küper, Johann Giesen, Johann Bunsch, Anton Hannowski, Michael Petasch, Köln, Arnold Wiffels-Essen, Christian Schid-Wanne-Otto Knebel-Barmen, Kornelius Ulfamer-Crefeld.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentrale jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort. Zugig ist fernzuhalten die Schreibern nach Dülmen, Westf., Reife Schf., Oberhausen Rhld., Fürtli, H., Renkhardt, D., Schl., Biersen (Firma Albert Willems in Ober-Bebrich), Danzig

(Schiffbauwerkst.), Braunschweig, Dören, Fulda (Firma Bieker), Bamberg (Firma Weg), Grefeld (Planofabrik Gahn) Feine und Mä. Hanfen im Elbaf, — Schreibern und Maschinennarbeitern nach Dören und Wege, — von Schreibern und Stuhlbaun nach Schleiden (Schiffabrik A. G. Hönig) — von Stellmachern nach Köln, — von Wärfen- und Pinfelmacher nach Goch, Niederreit, — von Sägern nach Rempten.

In der Schweiz sind folgende Orte strengstens zu meiden: Chur, Schreiner, Zimmerleute, Rorschach, Schreiner, Schaffhanfen, Fensterfabrik Samet u. Söhne, Zürich, Zimmerleute.

Erfolgreich beendete Lohnbewegung in Bochum. Nachdem es vor kurzem in Dortmund gelungen, auf friedlichem Wege einen annehmbaren Tarifvertrag für unsere Kollegen abzuschließen, haben wir jetzt das gleiche unter noch günstigeren Bedingungen für Bochum zu verzeichnen. Nach langwierigen Verhandlungen, die mehrmals zu Scheitern drohten, kam nachfolgender Tarifvertrag zustande:

§ 1.

Der Arbeitsvertrag gilt für das Gebiet der Stadt Bochum.

§ 2.

Die normale Arbeitszeit beträgt bis zum 1. Sept. 1906 58 Stunden, vom 1. September 1906 ab 57 Stunden pro Woche. Sie wird wie folgt geregelt:

Zeitperiode	Anfang	Früh- stads- pause	Mittags- pause	Abper- pause	Feler- abend	Tägliche Arbeitszeit
1/7. 06—31/8. 06.	1/27	8—8 1/2	12—1 1/2	4—4.20	1/27	9 Std. 40 Min.
1/9. 06—30/9. 06.	1/27	8—8 1/2	12—1 1/2	—	0	9 1/2 Std.
1/10. 06—31/3. 07.	7	8—8 1/2	12—1 1/2	—	1/27	9 1/2 "
1/4. 07—30/9. 07.	1/27	8—8 1/2	12—1 1/2	—	6	9 1/2 "
1/10. 07—31/3. 08.	7	8—8 1/2	12—1 1/2	—	1/27	9 1/2 "
1/4. 08—30/9. 08.	1/27	8—8 1/2	12—1 1/2	—	6	9 1/2 "

An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist eine Stunde früher Arbeitschluss ohne Lohnabzug.

§ 3.

Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden. Für die ersten zwei Ueberstunden, gleich ob die selben vor Beginn oder nach Schluss der Arbeitszeit fallen, wird ein Zuschlag von 10 Pfg. pro Stunde, für Nachtarbeit ein solcher von 20 Pfg. und für Sonntagsarbeit wird der doppelte Lohn gezahlt. Für gesetzliche und kirchliche Feiertage, sowie für nachweislich unverschuldete Fernbleiben von der Arbeitsstelle dürfen keine Ueberstunden verrechnet werden.

§ 4.

Sämtliche Schreiner und Maschinenschreiner erhalten vom 1. Juli 1906 ab eine Zulage von 3 Pfg., vom 1. Sept. 1906 ab eine weitere Zulage von 2 Pfg., vom 1. Juli 1907 ab eine fernere Zulage von 2 Pfg. und vom 1. Juli 1908 ab noch eine weitere Zulage von 1 Pfg. auf die bisher verdienten Stundenlöhne. Der Durchschnittslohn stellt sich vom 1. Juli 1906 ab auf 48 Pfg., vom 1. September 1906 ab auf 50 Pfg., vom 1. Juli 1907 ab auf 52 Pfg. und vom 1. Juli 1908 ab auf 53 Pfg. pro Stunde. Der Durchschnittslohn der Maschinennarbeiter stellt sich jedesmal um 5 Pfg. höher. Für jugendliche Arbeiter bis zu 2 Jahren nach beendeter Lehrzeit unterliegt die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

§ 5.

Arbeiten im Bau und außerhalb des Lohngebietes.

- a) Arbeiten in Neu- oder Umbauten, welche einen Tag und länger dauern, werden von der ersten Stunde ab mit 3 Pfg. Zuschlag pro Stunde bezahlt.
- b) Bei auswärtigen Arbeiten, wo keine Gelegenheit geboten ist, das Mittagessen im Hause einzunehmen, wird ein Zuschlag von 1 Mk. pro Tag und das Fahrgehalt vergütet, jedoch mit der Einschränkung, daß für die Zeit 1/2 Stunde vor Beginn und 1/2 Stunde nach Beendigung der Arbeitszeit die Entschädigung an Arbeitslohn nicht gewährt wird.
- c) Bei Ausführung von auswärtigen Arbeiten, wo Uebernahmen notwendig ist, werden die Unkosten vergütet, jedoch mit der Bedingung, daß der Geselle eine Entschädigung bekommt, welche den üblichen Verhältnissen entspricht.
- d) Für Hilfsleistungen bei Umzügen, sowie Ein- und Ausladen von Holz an der Bahn wird ein Zuschlag von 15 Pfg. pro Stunde gezahlt.

§ 6.

In den ersten 8 Tagen nach Arbeitsantritt kann das Arbeitsverhältnis von beiden Seiten jederzeit ohne Kündigung sofort gelöst werden. Nach Ablauf dieser Frist tritt eine wöchentliche Kündigung ein.

§ 7.

Der Lohn wird alle 14 Tage Freitags ausbezahlt. In allen Betrieben, wo bisher Minuslohn die Lohnzahlung war, wird dieser Tag beibehalten. Abschlagszahlungen sind auf einmaligen Antrag jedesmal in der Mitte der Lohnzahlungsperiode bis in Höhe von 80% des verdienten Lohnes zu gewähren. Der Lohn ist bis Schluss der Arbeitszeit auszu zahlen. Wartezeit über 1/2 Stunde wird als Ueberstunde bezahlt.

§ 8.

Akkordarbeit wird nach dem Akkord- bzw. Leistungstarif bezahlt. Bei nicht im Tarif aufgeführten Arbeiten wird der Stundenlohn garantiert. Akkordarbeit darf an Maschinen nicht geleistet werden.

§ 9.

Dieser Vertrag läuft vom 1. Juli 1906 bis 1. Okt. 1908 und kann nur 1/2 Jahr vor Ablauf der Zeitdauer durch die Parteien gekündigt werden. Wird derselbe nicht gekündigt, so läuft er stillschweigend unter denselben Bedingungen 1 Jahr weiter.

§ 10.

Um ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermöglichen und zur Beilegung von Streitigkeiten, welche aus diesem Vertrage entstehen sollten, wird eine Kommission von sechs Personen eingesetzt und zwar werden diese Personen je zur Hälfte von den unten genannten Vereinigungen gewählt. Der Ausschuss des Gesellenausschusses der Schreinerzunft kann an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen. Den Vorsitz in der Kommission führt der Vorsitzende des Arbeitgeberschutzverbandes, Bezirk Bochum. Ist in der Kommission eine Einigung über einen Punkt nicht zu erzielen, so wird von der Kommission mit Stimmenmehrheit ein Obmann gewählt, welcher bei Stimmengleichheit den Ausschlag gibt.

Auf Verlangen der Kommission, d. h. wenn keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden kann, können je ein Vertreter der beteiligten Verbände an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

Alle Streitigkeiten, welche zu Arbeitsentstellungen oder Aussperrungen in einem Betriebe oder der ganzen Stadt führen können, sollen zunächst der Kommission unterbreitet werden. Der Beschluß der Schlichtungskommission ist entgeltlich.

Abgeschlossen ist der Vertrag vom Arbeitgeber- und Schreinerzunftverband und Holzindustriellen, Bezirk Bochum; Schreinerzunftverband, Bochum; Zentralverband christlicher Holzarbeiter; Deutscher Holzarbeiter-Verband; Gewerksverein der Tischler S. D.

Ein 109 Positionen enthaltender Akkordtarif regelt die Preise für zu leistende Akkordarbeit. Mit Abschluss dieser Tarife nimmt Bochum den ersten Platz im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein, wo es gelungen ist, die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit für die Holzarbeiter zu erzielen. Daß dieses auf friedlichem Wege möglich war, ist wohl mit der Stärke und dem Einflusse des christlichen Holzarbeiterverbandes im Ruhrrevier zu verdanken. An den Kollegen wird es nun liegen, das Errungene durchzuführen und hoch zu halten, die Zahlstelle weiter auszubauen und die weiteren Aufgaben des Verbandes zu verwirklichen.

Tarifabschluss in Triberg. In der Schwarzwaldbühnenindustrie, wo bekanntlich teilweise nicht die günstigsten Verhältnisse bestehen, wäre es zu wünschen, daß in einheitlicher Weise die Verhältnisse auf der ganzen Linie durch einen etwaigen Tarifabschluss geregelt und gebessert werden könnten. Es wird dies um so eher der Fall sein, als alle Kollegen eine rührige Agitation entfalten, um so den für die Durchführung einer Bewegung nötigen Rückhalt zu gewinnen. Einen Beweis dafür, daß auch die Kollegen in dieser Gegend bei der nötigen Geschlossenheit große Erfolge erzielen können, haben bereits im letzten wie auch wieder in diesem Jahre unsere Kollegen bei der Firma M. Herrmann u. Sohn, Uhrenschneidfabrik in Triberg erbracht. Die Kollegen sind bis zu 95% in unserem Verbandsorganisiert. Die Firma hatte den im letzten Jahre abgeschlossenen Vertrag mit der Absicht gekündigt, eine Herabsetzung der Akkordsätze durchzuführen und auf einen Abschluss mit dem Verbands nicht mehr einzugehen. Die straffe Organisation seiner Arbeiter einerseits, sowie die Rückenbedeckung unseres mächtiger werdenden Verbandes mit seiner gefüllten Kasse andererseits, brachte die Firma bald zu einer besseren Ansicht. Es konnte denn auch nach zweimaliger mehrstündiger und mühevoller Verhandlung ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, der für die Kollegen teils eine bedeutende Verbesserung, teils eine Abwehr von Verschlechterungen bedeutet. Im ganzen enthält derselbe rund 160 Sätze und Bestimmungen, einschließlich des Drechslerakordes. Neben den Akkordsätzen wird u. a. bestimmt, daß für Ueberstunden fünf Pfennig mehr bezahlt werden muß und daß für jeden Akkordarbeiter ein Stundenlohn zu vereinbaren ist. Der Lohn ist in geeigneter Verpackung so auszubahlen, daß 1/2 Stunden vor Arbeitschluss begonnen wird. Vor den hohen Feiertagen ist um 4 Uhr Arbeitschluss ohne Lohnabzug. Samstag ist um 5 1/2 Uhr Feierabend. Für die Tagelöhner wird der Stundenlohn sofort um 1 bis 2 Pfg. erhöht, außerdem hat am 1. Oktober eine weitere Erhöhung einzutreten. Der Vertrag wurde auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Eine Kündigung darf jedoch nur von Jahr zu Jahr und mit Vierteljahrsfrist erfolgen.

Wägen die Kollegen allerorts, besonders aber diejenigen des Schwarzwalbes die richtige Lehre aus den obigen Ausführungen ziehen.

Erfolg der Modellschreiner in Benrath. Der Streit der Modellschreiner auf der Benrather Maschinenfabrik endete mit einem vollen Erfolge für die Kollegen. Bekanntlich waren diese gezwungen in eine Abwehrbewegung eingetreten. Der bei Akkordarbeit erzielte Lohn soll fernerhin nicht unter 50 Pfg. pro Stunde betragen. Die einzelnen Akkorde werden erhöht. Alle Streitenden werden wieder eingestellt. Außerdem wurde zugesichert, daß keine Maßregelungen stattfinden.

Zur Lohnbewegung in Bruchsal. Da die Arbeitgeber es nicht für notwendig befunden hatten, auf die Forderungen hin, welche sie nochmals in einem zweiten Schreiben erhalten, eine Antwort zu geben, wurde die Arbeit am Montag den 25. Juni nicht aufgenommen und in den Ausstand getreten. Es war schon voranzusehen, daß, wenn es zum Streit kommen sollte, derselbe nicht lange dauern würde. Am Montag Abend hatten die Meister bereits eine Versammlung unter sich einberufen. Am Dienstag Vormittag hatten die vier größeren Werkstätten am Orte alles bewilligt und den Tarif unterschrieben. Die Kleinmeister sind dann auch bereits alle den Forderungen nachgekommen. So haben auch die Bruchsaler Kollegen gesehen, daß nur eine geschlossene Macht, und zwar der Verband, eine bessere Lage der Arbeiter zu schaffen im Stande ist.

Der Streit der Stellmacher in Bremen ist beendet. Nach zehnwöchentlicher Dauer endete er mit einem Erfolge für die Kollegen. Bis zum 1. Juli 1907 wird die 9 1/2 stündige Arbeitszeit festgesetzt; von da ab beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden. Der Minimallohn beträgt pro Stunde

41 Pfg., im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 37. Diejenigen Gesellen, die den geforderten Stundenlohn verdienen, erhalten einen Zuschlag von 5%. Am 1. nächsten Jahres, mit der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, tritt ein weiterer Zuschlag von 2 1/2 % ein. Minimallohn wird von diesem Zeitpunkt auf 42 resp. 38 pro Stunde erhöht. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 15 Pfg. pro Stunde bezahlt.

Lohnbewegung der Tischler in Peine. Die Kollegen sind hier in eine Bewegung eingetreten und stellen folgende Forderungen: 9 1/2 stündiger Arbeitstag, Mindestlohn pro Stunde 40 Pfg. pro Stunde, für eben Ausgelernte 30 Ueberstunden bis 8 Uhr 10 Pfg., nach 8 Uhr 20 Pfg. pro Stunde Zuschlag; Arbeit außerhalb 2,50 Mk. Zuschlag Fahrt 3. Klasse. Vor den hohen Festen um 4 Uhr Arbeitschluss ohne Lohnabzug. Die Arbeitgeber beantworteten diese die Forderungen mit der Aussperrung der Kollegen

Berichte aus den Zahlstellen.

Reife. Unsere Zahlstelle hielt letzten ihre Generalversammlung ab, die einen sehr schönen Verlauf nahm. Die ausführenden Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Dem Ausschuss war zu entnehmen, daß die Zahlstelle gut vorwärtsgeht, denn eine größere Zahl Kollegen abgereist ist, stieg der Mitgliederbestand von 88 auf 81. Bei sozialen Wahlen erzielte die Stelle gute Erfolge; so wurden bei der des Gesellenauswahl welcher bisher in den Händen der „Freien“ war, unsere Kandidaten durchgebracht. Bei der Wahl von Vorstandsmitgliedern Dristantschaft wurden unsere Kandidaten (nachdem die Wahl Stimmengleichheit ergeben hatte und das Los zugunsten „Freien“ entschied, dann aber wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt wurde) mit 84 gegen 78 Stimmen gewählt. Die Versammlungen werden gut besucht und enden in der Regel eine lebhafte Diskussion, so daß wir für die Zukunft die beste Hoffnung hegen, daß alle Kollegen in Kämpfer unserer Sache werden und Reife ein Hauptziel des Verbandes für den Osten sein wird.

Marbach a. N. Nicht nur in Köln können die „Genossen“ lehren, auch im gemäßigten Schwabenlande bedarf es einen wahren Heißhunger darnach. Hatte da unser Verband in Marbach a. N. eine Versammlung einberufen, zwecks Eröffnung einer Zahlstelle. „Denen müssen wir einen Streik durch Rechnung machen“, dachten die Herrn „Holgengossen“ und schienen deshalb so volkzählig, wie nach ihrer eigenen Aussage Marbach noch keine Versammlung stattgefunden hat. Was auf die Reife geseht, um den „freien Christlichen“ die Sache vorzulegen. Als Referent war Kollege Stud aus Stuttgart erschienen. Während nun während des Vortrages so ziemlich herrschte, konnten sich die „Genossen“ in der darauffolgenden Diskussion nicht mehr im Rahmen des Anstandes halten. Die 1. Rede, ein ungefähr Mitte der 40er Jahre stehender Kollege führte aus: „Er wäre früher nach seiner Lehre und vor und seiner Willkür auch gern in den christl. Verband eingetreten, weil wir schon damals immer Streikbrecherdienste geleistet hätten, hätte er sich nie und nimmer dazu entschließen können uns einzutreten. (Der hatte Ahnung, wann die christl. Genossen gegründet wurden). Nun sang er das alte Lied „Eölner Streikbruch und verlas, zum Schluss eine Resolution, die Versammlung beauftragte dem Erleiden der Christlichen zuzustimmen auf den Eölner Streik mit allen Mitteln entgegen zu arbeiten und nur dem Deutschen Holzarbeiterverband neue Glieder zuzuführen. Diese Resolution fand jedoch nicht seinen Bestimmungskollegen Anklang. Auf eine diesbezügliche Widerung des Referenten kamen die „Genossen“ ganz außer sich und wand. Man mußte eine geraume Zeit warten, bis sie zurückgeschonappt waren. Hernach ergriß ein anderer das Wort um mit der Neutralität der freien Gewerkschaften haften gehen, in dem er betonte, daß sich auch bei ihnen christl. Genossen organisieren könnten, und sie ihnen diesbezüglich keine Schritte in den Weg legen; deshalb unsere Organisationstätigkeit sei, denn bei ihnen sei ja Religion Privatangelegenheit. Ein Kollege unseres Verbandes darauf erwiderte, wie er in kurzer Zeit, in welcher er in einer hiesigen Möbelfabrik schon diesbezüglich behandelt, wie ihm schon vorgeworfen wurde, daß es ihm genau so erginge, wie es schon einigen Genossen gegangen habe, wie ihm Petroleum in den Leim gegossen, seine Arbeit nicht halte, und er an seinem Akkord eine Erhöhung erhalte, wie er bei Gebrauch des Kompagnie-Handwerkszeugen vorgelegt worden sei, da schrien sie wütendbrant, wir sind Wagner Verleumder u. s. w. Da ergriß der Berichterstatter fragl. Fabrik das Wort und — bestätigte die Ausführungen der Kollegen voll und ganz. Selbst diesem ist das Treiben der Streikbrecher schwärmer ganz zum Ekel geworden. Obwohl er selbst langjähriges Mitglied des deutschen Holzarbeiterverbandes führte er an, daß beabsichtigt sei die Fabrik zu vergrößern, sie deshalb gezwungen seien, auswärtige Kräfte heranzuziehen. Es mögen nun doch die Kollegen etwas mehr Doleranz an den Tag legen, und auch anders gestimmte Kollegen leben lassen, aber wie bisher auf solche Art und Weise dieselben hinaus zu treiben, ist von einem andern Redner aus Marbach wurde Handlungswiese der „Genossen“ scharf gegetelt. Nun waren wir aus den Wolken gefallen, doch sie haben ja noch nie Wasserchen geträbt, und so verteidigte sich nun einer dahingehend, daß diese Vorkommnisse, hauptsächlich die des Petroleumschüttens nicht das Wert eines aufgklärten organisierten Kollegen sein könne, sondern das müsse doch für ein Unorganisiertes gelten haben. Der Referent wollte nun den Anwesenden sagen, daß die Fälle nicht allein wären, sondern, daß wir Hände auslegen könnten, wie die „Genossen“ solche Reden begehren, welche nicht „allein an einem Bebel glauben“ hätte er aber erst recht ins Wespennest gestochen, denn jetzt ist sie davon mit geistigen Waffen ihre Ideen zu verteidigen. Eine Drohte dem Referenten mit geballter Faust über andere mit dem Bierglas, berbrachte schrie: „Nimm ihn zum Fenster heraus“ u. s. w. Um diese Gestehe nun nicht mehr weiter zu stören, wurde die Versammlung geschlossen. Nun zeigten sie ihre Bildung erst im nächsten Licht, indem sie sich wie wilde Tiere gebärdeten. Es sangen die Arbeiter-Marschälle, jauchzten und jubelten wieder andere kämpften mit den Füßen oder mit den Händen, kurz, man glaubte sich eher unter einer wilden Indianer zu befinden, als unter zivilisierten Menschen. Damit glaubten die Genossen nun den oben angeführten erreicht zu haben. Wir können ihnen dagegen verraten, unsere Kollegen fester denn je zur Sache stehen, nachdem sie sehen haben, mit welchen Mitteln diese Streikbrecher, die die Arbeiterschaft einem höheren Ziele entgegenzuführen wollen, fahren. Auch lassen wir uns durch verärgerte Rabauken

...sondern arbeiten unermüdet weiter für unsere Sache. Das mögen sich auch die Marbacher „Genossen“ Stammbuch schreiben.

Nadolzell-Singen. Langsam aber stetig schreitet die christliche Gewerkschaftsbewegung an den Ufern des Schwäbischen Meeres vorwärts. Wir haben es hier meist mit kleinen Städten zu tun. Konstant aus abwärts liegen die Kleinen, aber aufstrebenden Singen und Nadolzell. In beiden ist die Metall- und Holzindustrie vorherrschend. Die Holzindustrie ist verschwindend klein. Der christliche Metallarbeiterverband hat seit einem Jahre Fuß gefasst. Wir Holzarbeiter haben am 12. Juni eine Zählstelle gegründet mit dem Sitz in Nadolzell und einer Ortskommission in Singen. In letzter Stadt hat der „freie“ Holzarbeiter schon seine Macht zu veripären. Es ist zwar auch nach Singen der „Genossen“ wenigstens eine unerhörte Frechheit in ihren Leuten besetzten Werkstatt zu arbeiten und anderer Art auf, dessen Inhalt nur die beschriebene Bitte war, den gesunden Kollegen zu entlassen oder sie mühten die Arbeit einrichten. Als sie vorstellig wurden, gab ihnen der Ortsvorstand einige Winke und zu verstehen, daß sie die oben erwähnte Bitte wieder untertänigst zurückzunehmen hätten. An den Kollegen aber liegt es nun, bei solchen Fällen ihren Rat zu stellen, in der Agitation nicht zu erlahmen. Den Kollegen aber rufen wir zu: Macht halt in Singen an dem Höhenort ober in der schön gelegenen Bodenseestadt Nadolzell.

H. Johann. Der Erfolg des christl. Metallarbeiterverbandes zeigt die Holzarbeiter auf. Die Kollegen kommen zu dem Bewußtsein, daß eine Bewegung, die gegen ein solches Knechtentum, wie bei den letzten Vorgängen auf der Durbacher Hütte, nicht Erfolg anknüpft, ihre Interessen wirksam fördern kann. Die Holzarbeiter haben deshalb ein Organ, die Durbacher Hütte, gegründet, dessen Organ und die Durstigen nach guten Ratschlägen haben wahrlich alles getan um die Koalitionsentscheidung der Arbeiter auf der Durbacher Hütte durchzuführen. Das ist ein Erfolg, ist ein Verdienst der christlichen Gewerkschaften. Hierin wächst daher auch das Vertrauen der Arbeiter. Konnten wir in unserer Versammlung vom 30. Juni 25 Kollegen in den Verband aufnehmen. Das letztere seine Pflicht auch erfüllt, wenn es gilt, den Mitgliedern materielle Vorteile zu verschaffen. Mit Hilfe des Verbandes muß es daher auch Holzarbeitern des Saarreviers vorwärtsgehen.

Eingesandt.

Wagner Deutschlands wacht auf!

So muß der Ruf lauten an alle in unserem Verufe stehenden Kollegen, wenn wir uns vor Augen halten, was die Arbeiter in anderen Branchen vorgezeichnet haben. Überall, hauptsächlich in Süddeutschland sind die Arbeiter in den Arbeitsverhältnissen um 30 Jahre zurückgefallen. In hundert Orten und sogar in Großstädten können wir noch die traurigsten Verhältnisse sehen, wo sogar Lohn und Logiszwang besteht und die Kollegen mit einem Monatslohn von 3,70 Mk., 3,00 Mk. und 3,30 Mk. pro Tag, oder noch weniger leben müssen. Das muß ein jeder bedenken, daß gerade in unserem Lande wegen der schweren Arbeit und der langen Arbeitszeiten 10 bis 12 Stunden, viel eher die Kräfte ausgenutzt werden. Wenn wir uns fragen, wie kommt dieses, dann können wir die Antwort uns selbst geben. Die Schuld daran tragen die Kollegen selbst, indem sie es nicht für notwendig gehalten haben, sich zu organisieren, ihre Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Man oft das Wort hören, es geschieht ja für die Wagnerzeit. Dem können wir aber erwidern, daß der einzelne Arbeiter nichts machen kann und nur die Einigkeit stark macht. Wollen wir noch länger in dem Stumpfsein weiter leben, dann müssen wir mit einem entschiedenen „Nein“ antworten und Mann für Mann uns dem „Christlichen Holzarbeiterverband“ anschließen, wo nur allein unsere Interessen gewahrt werden. Auch an alle Zählstellen unseres Landes geht die Mahnung, daß sie mit einer intensiven Agitation bei den Wagnern eindringen, um die Kollegen aus dem Schlaf aufzurütteln. Überall wo nur Kollegen sind, muß eine „Sektion“ gegründet werden, damit die Kollegen besser zu gewinnen sind. Keiner darf die Mühe scheuen, damit die am schlechtestgestellten Arbeiter in der Branche auf die Höhe der Zeit rücken. Ferner darf nicht vergessen bleiben, daß die angeblich „freien“ Gewerkschaften, deren Sinn des Wortes sozialdemokratische, es gar nicht notwendig halten, die Lage des Arbeiters zu verbessern, die Hauptaufgabe ist bei ihnen, daß etwas für die Partei geschieht. Um eine wirtschaftliche Verbesserung handelt es sich bei ihnen nicht. Also Wagner nochmals: Wacht auf; die Einigkeit macht stark.

G. R. Mannheim.

Sterbefaßel.

Herrg. Hindemann, gestorben am 25. Juni zu Speyer. Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Die Statistik der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1905 wird soeben im „Zentralblatt“ veröffentlicht. Auf dem Gebiete berichtet dieselbe über erfreuliche Fortschritte. Der durchschnitt des Jahres 1905 betrug die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 265 032 gegen 207 484 im Jahre 1904. Der Zuwachs entfällt nur auf die dem Verband angeschlossenen Verbände, und zwar betrug die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1905 188 106 gegen 148 000 des Vorjahres. Der Zuwachs dieser Verbände beträgt 40 106 = 74,8 Prozent. Wie die Mitgliederzunahme, so auch die erhöhten Einnahmen ausschließlich auf die Gesamtverbände angeschlossenen Verbände und zwar der Anteil dieser an der Finanzgebarung in Mk.

Einnahmen.	Ausgaben.	Kassenbestand.
2448 122	2150 511	1249 408
894 517	711 670	690 974

Wir kommen in der nächsten Nummer ausführlicher auf die Statistik zurück.

Hinter den Kulissen wird zur Zeit eifrig vom Vorstande der sozialdemokratischen Partei und den „freien“ Gewerkschaften getuschelt. Vor allen Dingen dreht es sich um die Herbeiführung einer einheitlichen Aktion, in den für die „Arbeiterklasse“ wichtigen Fragen. Zu diesen gehört auch die Möglichkeit eines Generalstreikes. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach den verschiedenen Diskussionen auf den sozialdemokratischen Parteitag über diesen Punkt, die sozialdemokratische Partei lieber heute wie morgen den Anfang eines Generalstreikes kommen liebt. Trotz der gewaltigen Stimmenzahl ist die sozialdemokratische Partei in Deutschland ohnmächtig. Die Demokratisierung des bei uns schon ziemlich entwickelten Staatssozialismus ist noch keinen Schritt vorwärtsgegangen. Man sucht so offensichtlich nach Mitteln, die die Position der Partei stützen und kommt nun auch mit dem Gedanken des Generalstreiks in Berührung. Ohne die mächtigen gewerkschaftlichen Organisationen ist ein solcher Schlag jedoch nicht zu führen. Die Partei ist somit lebhaft daran interessiert, Einfluß auf die Gewerkschaften zu gewinnen. Dieses Bestreben ist, soweit sich die Sache überschauen läßt, mit ziemlichem Erfolg gekrönt, nicht zum mindesten durch die Mithilfe der politischen, sozialdemokratischen Tagespresse. Der Einfluß der letzteren auf die Massen ist im Steigen begriffen; während die Gewerkschaften, gegenüber dem hier geförderten Radikalismus, immer mehr in den Hintergrund treten. Zahlreiche größere Streiks sind in den letzten zwei Jahren der Beweis dafür, daß bei den sozialdemokratischen Arbeitern die gewerkschaftliche Disziplin im Schwinden begriffen ist, die Gewerkschaften nur die Suppe auszulöffeln haben, die ihnen von anderer Seite eingebracht wird.

Diese für die „freien“ Gewerkschaften entwürdigende Tatsache scheint die Führer derselben jedoch nicht abzuhalten, sich und ihre Organisationen immer weiter in den Sumpf der sozialdemokratischen Parteipläne ziehen zu lassen. So hat, nach den Meldungen der „Einigkeit“ des Organs der „anarcho-sozialistischen“ Gewerkschaftsgruppe, vor einigen Wochen im Berliner Gewerkschaftshause eine Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre stattgefunden und in ausgiebiger Weise die Frage des Generalstreiks behandelt. Man hat sich dieserhalb schließlich dann auf folgende Vorschläge geeinigt:

1. Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.
2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müßte derselbe von der Partei geführt werden und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen.
3. Für den Fall eines solchen Streiks sollten die Gewerkschaften dieser Bewegung nicht in den Rücken fallen.
4. Ebenso dürfte die Gewerkschaftspresse in diesem Falle nicht gegen die Bewegung wirken.
5. Die Unterstützung der Streikenden und die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, müsse Aufgabe der Partei sein. Die Mittel müßten unter Mitwirkung aller Genossen, eventl. durch allgemeine Sammlungen aufgebracht werden.
6. Wenn Aussperrungen und Streiks als Folgen dieses Streiks zurückbleiben sollten, so wäre zu empfehlen, daß die Gewerkschaften für die Unterstützung eintreten.

Wer die Vorschläge durchliest wird finden daß der erste derselben der nichtigste ist. Allerdings wird die Partei den Generalstreikgedanken nicht propagieren, daß aber die Verhältnisse, welche zu einem Generalstreik drängen, von Menschen geschaffen werden können, ist auch den Parteigrößen einleuchtend. Nach dieser Seite hin dürften wir in den kommenden Jahren manches erleben. Die eine Tatsache ist nicht zu unterschätzen, daß die „freien“ Gewerkschaften, durch obige Abmachung verpflichtet sind, nichts gegen einen Generalstreik zu unternehmen, ja denselben durch ihre Passivität unterstützen müssen. „Generalstreik ist Generalunfug“ erklärte vor Jahren der soziald. Abgeordnete Auer, heute aber opfern die „freien“ Gewerkschaften diesem Generalunfug ihre Bewegungsfreiheit. Die idealen Bestrebungen der Arbeiterschaft werden wahrlich nicht durch eine derartige Taktik ihrem Ziele näher kommen. So notwendig etwas mehr Demokratie ist, um so verheerender ist die Allianz des wirtschaftlichen Kampfes mit den politischen Zielen. Der Einfluß der Partei auf die Gewerkschaften ist jedoch bereits so stark, daß kein Organ derselben auch nur den Versuch macht, diesen unwürdigen Zustand zu kennzeichnen. Selbst der „Rimmerer“, der anfänglich wie es schien Enthüllungen machen wollte, läßt den Hegerntel hübsch zugebedekt.

Notfallunterstützung. Der Lokalfonds unserer Zählstellen soll hauptsächlich dafür da sein, den streikenden und ausgesperrten Kollegen an Orte neben der statutarischen Unterstützung einen Zuschuß zu gewähren. Wo in Zählstellen ansehnliche Lokalfonds eingeführt sind, hat man auch vielfach die Einrichtung getroffen, die von längerer Krankheit heimgesuchten Kollegen durch eine namhafte Beihilfe zu unterstützen.

In der Regel wird diese soziale Wohltätigkeit durch Beschluß einer Mitgliederversammlung eingeführt und kein Mitglied braucht sich deswegen zu schämen, wenn es die Hilfe der Lokalkasse in genannter Weise in Anspruch nimmt. Es ist sein gutes Recht dies zu tun, weil eben infolge des Beschlusses ihm eine Unterstützung zusteht, gerade so wie jedem Mitgliede die statutarischen Unterstützungen zustehen. Jedoch macht sich wie in so vielen anderen Einrichtungen auch bei dieser Vergünstigung ein unangenehmer Zug bemerkbar, der eher nach „Mißbrauch“ als nach wirklicher Bedürftigkeit ausbleibt. In allen möglichen Angelegenheiten tritt man an die Ortsverwaltungen heran, um bald für dieses, bald für jenes eine Unterstützung zu erlangen. Der eine hat seine Frau krank danteiler liegen, der andere ist durch sonst irgend ein Verhängnis in eine bedrückte Lage geraten und da soll die Ortsverwaltung eingreifen. Andere gehen noch weiter. Sie

verlangen einen Vorschuß auf Schuldschein zur Zahlung der fälligen Miete oder zu sonst einer Sache.

Das Ende vom Lied ist aber nachher, daß der Kassierer zusehen muß, wie er wieder zu seinem Gelde kommt. Wollte man mal eine Umfrage halten, eine ganze Reihe von Zahlstellen würde man bezeichnen können, wo noch diesbezügliche Gelber ausstehen, der Kassierer aber in vielen Fällen das Nachsehen hat. Die Ortsverwaltungen sollten es sich zum Prinzip machen, kein Geld, auch nicht auf Schuldschein mehr auszuleihen. Mögen sie genau die Fälle prüfen und dann, wenn es not tut, dem bedürftigen Kollegen eine angemessene Unterstützung gewähren.

Aber auch die Mitglieder mögen bedenken, daß es sauer verdiente Arbeitergroßen sind, die im Lokalfonds zusammengebracht werden. Ein jeder muß mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, nach dem Verdienste sich einschränken und nicht sich gerade auf die Unterstützungen verlegen. Gar manche glauben, die Organisation nur für solche Zwecke gebrauchen zu können; diese jedoch auch in idealer Beziehung kennen zu lernen und dafür persönliche und materielle Opfer zu bringen; dafür haben sie kein Verständnis.

Endlich beehrt. Die „S. D.“ „Eiche“ und die mit ihr verwandte Presse berichtete vor einiger Zeit über einen „griechischen Terrorismus“, den Mitglieder unseres Verbandes in Kall an dem Gewerksvereiner Oberhausen begangen haben sollten. Der Fall hatte ein gerichtliches Nachspiel und wurde nun anstatt unseres Verbandskollegen der genannte Oberhausen zu einer Strafe verurteilt. Man hatte somit die „Eiche“ schmachlich hineingelegt. Nunmehr kann man im amtlichen Teile derselben lesen: „Rechtschutzantrag Oberhausen, Cöln, wird nach Einsichtnahme der Akten jede weitere Zahlung an Kosten, Strafe und Entschädigung für denselben abgelehnt“. Blickeicht nimmt auch das ziemlich leichtgläubige „Korrespondenzblatt der Gewerksvereine“ (S. D.), das sich ebenfalls den Wären vom Terrorismus aufbinden ließ, hiervon Kenntnis.

Der frühere Vorsitzende der Zählstelle Cöln des soz. Holzarbeiterverbandes, Holland, der entgegen dem Beschlusse der soz. Kartellkommission an der berühmten Radauversammlung im Krystallpalast teilnahm, sendet uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes folgende Beichtigung:

„In Nr. 25 Ihrer Zeitung befindet sich ein Bericht von der am 16. Juni in Cöln stattgefundenen Holzarbeiterversammlung, folgende Sätze.“

Als dann die Anwesenden den Saal verlassen wollten, sperren die „Genossen“ die Ausgänge. Der frühere Vorsitzende der sozialdemokratischen Zählstelle, Holland, rief seinen „Genossen“ am Ausgange zu: Stehen bleiben! In Bezug auf Paragraph 11 des Preßgesetzes, ersuche ich Sie, folgendes richtig zu stellen. Wir versperren nicht die Ausgänge, sondern versuchen, die an den Ausgängen entstehenden Streitigkeiten zu schlichten und die Ausgänge frei zu machen, was uns auch gelang. Am Hauptausgange stand ich und rief: Platz machen, nicht stehen bleiben! Nach diesem Vorgang erschien die Polizei, da verließ der größte Teil meiner Kollegen und meine Person den Saal. Seht erst bei Anwesenheit der Polizei entlastet der Tumult. Achtungsvoll: Franz Holland, Cöln, Brandenburgerstraße 25.

Unser Gewährsmann bleibt dabei, daß Holland gerufen hat: „Stehen bleiben“. Er habe den H. auf die Gefährlichkeit der Situation aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß er infolge seines Rufes für die Sache verantwortlich sei. Im übrigen halten wir an der Richtigkeit des von uns gegebenen Berichtes fest.

Die katholischen Fachabteilungen hielten Pfingsten anlässlich des Verbandsbelegiertages in Berlin ihre Generalversammlungen ab. Ein jeder wird nun, so wird der „Baugewerkschaft“ geschrieben, auf einen Bericht gewartet haben, wie diese Dinge sich entwickelt, denn mit den 92 000 Mitgliedern im Berliner Verbands hat man ja genug renommirt. Von den Fachabteilungen ist darin nichts Spezifisches erwähnt, da man gerne der Öffentlichkeit vorgaukelt, die Zahl der Verbandsmitglieder deckt sich mit diesen. Wie wir nun von zuverlässiger Seite erfahren, hat man auf den Fachabteilungsverfammlungen Stein und Bein gemauert, daß es nicht so recht klappen will. Man denke: von den 92 000 Mitgliedern der Arbeitervereine sind hochgegriffen ganze 5000 Mann in den Fachabteilungen, und darunter sind noch viele Nichtarbeiter, wie Beamte, Meister, Vorarbeiter, Kaufleute u. s. w.! Insbesondere trifft dies auf die so genannten „gemischten Gruppen“ zu, in denen Erdarbeiter, Bäcker, Ziegler, Metallarbeiter, Schneider, Schuster und Friseur zusammensitzen, die dann so eine Art Klub bilden! Am stärksten sind die Bergarbeiter, dann kommen die Metall-, Holz-, Textilarbeiter usw. Im Baugewerbe hat man es noch nicht so weit bringen können, — die Kollegen scheinen der Sache so recht nicht zu trauen. Was den Herren von der Zentrale Berlin indes die meisten Kopfschmerzen gemacht hat, das ist die Tatsache, daß die Mehrzahl der Fachabteiler gemeint hat, sie könnten auch streiken! Daß sie immer schön zufrieden sein sollen und sich nicht mühen, ja, daß sie auf Geheiß der Führer selbst ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken fallen sollen, à la Posen — das wollte den einfachen Leuten garricht in den Kopf. Mit anderen Worten: sie sind auf Geheiß des Präses in die Fachabteilung hineingegangen, aber ohne zu ahnen, daß man da sie um ihre Rechte als Arbeiter bringen will. Eine eigenartige Erscheinung zugleich ist, daß eine ganze Anzahl der Fachabteilungsmitglieder zugleich in den sozialdemokratischen Verbänden — Mitglieder sein sollen, ohne daß sie darin etwas Berühmtes sehen! —

Soziale Rundschau.

Gewerbegerichtswahl der christlichen Arbeiter. Einen schönen Erfolg hatte für die christlich organisierte Arbeiterschaft in Coblenz die dortige Gewerbegerichtswahl. Im ganzen wurden 1205 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurde zum ersten Male die ganze Kandidatenliste der christlich organisierten mit 12 Stimmen Mehrheit. Bei der Gewerbegerichts-

wahl in Necklinghausen siegte die Liste der christlichen Gewerkschaften mit 270 Stimmen über die der freien Gewerkschaften, die 104 Stimmen erhielt.

Steuerungerechtigkeit gegenüber den Arbeitergenossenschaften in Baden. Das neue badiſche Geſetz zur Besteuerung der Vermögen und Vermögensobjekte macht im § 51 nach der „Soz. Praxis“ Ausnahmen zugunſten der Vorſchuß- und Kreditvereine, Vereinigungen für den gemeinſchaftlichen Verkauf landwirthſchaftlicher Erzeugniſſe, landwirthſchaftlicher Einkaufsgenossenschaften, beſgleichen der Einkaufsgenossenschaften Kleingewerbetreibender und Handwerkervereinigungen. Sie bleiben von der Veranlagung zur Vermögenssteuer frei. Den hauptsächlich aus Arbeitern zuſammengeſetzten Konſumgenossenschaften verſagt man dagegen die Steuerfreiheit! Die 12 ſozialdemokratiſchen Abgeordneten des badiſchen Landtages waren die einzigen, die gegen dieſe Ungerechtigkeith protestierten und dem Ausnahmeparagraphen 51 folgende Faſſung zu geben beantragten:

Von der Veranlagung bleiben frei: Vorſchuß-, Kredit- und Rohſtoffvereine ſowie Produktgenossenschaften, wenn deren Anlage- und Betriebskapital die Höhe von 50 000 Mk. nicht erreicht; ferner Vereine zur Verſchaffung von Gegenständen des landwirthſchaftlichen oder gewerblichen Betriebs (Einkaufsgenossenschaften); Vereine zum gemeinſchaftlichen Einkauf von Lebens- oder Wirthſchaftsbedürfnissen im großen und Abgabe an die Mitglieder im kleinen (Konſumvereine); Vereine zum gemeinſchaftlichen Verkauf landwirthſchaftlicher oder gewerblicher Erzeugniſſe (Verkaufsgenossenschaften); Baugenossenschaften, ſofern ſie gemeinnützige Zwecke verfolgen.

Gegen dieſe ſoziale und gerechte Logik führte ein national-liberaler Rechtsanwalt die „realen Verhältnisse ins Feld, der Finanzminiſter aber die „ſtarke Entwicklung“ der Konſumvereine, da zur Sache ſelbſt eben nichts zu ſagen war. Schließlich gelang es wenigſtens, die Baugenossenschaften vor dieſer ungerechten Steuerbeſtattung zu retten und ihre Aufnahme ins ſteuerfreie Register durchzuſetzen. Aber die Konſumvereine, dieſe ſchönſte Schöpfung der Selbſthilfe und gemeinnützigen Organisation der Arbeiter auf dem legalen Boden der Gegenwartsgemeinſchaft, müſſen bluten.

Aus Arbeitgebertreisen.

Der Verband deutſcher Stuhlſabrikanten ſendet den Möbelhändlern ein Rundſchreiben zu, wonach ſich die dem Verbands angeſchloſſenen Fabrikanten „infolge forwährender Steigerung der Einkaufspreiſe aller Rohmaterialien, ſpec. Holz, Rohr, Leder, Schellack u. c. und nicht zum mindeſten infolge der ſteigenden Arbeitslöhne genötigt ſehen, auf die biſher beſtandenen Verkaufspreiſe eine n Kuffschlag von 5% vom 1. Juli d. J. ab zu berechnen.“ Es heißt in dem Rundſchreiben dann weiter: „Wir bitten hiervon Vormerkung zu nehmen und bemerken gleichzeitig, daß wir gezwungen ſind, dieſe Maßnahme ſtrikto durchzuführen, da wir hieran durch Vertrag gebunden ſind.“ Bei der meiſtens noch ſehr mangelhaften Organisation der Arbeiter in den Stuhlſabriken und der hier herrſchenden raffinierten Ausbeutung der Arbeitskraft, dürfte eine Erhöhung der Preiſe wohl kaum mit den „ſteigenden Löhnen“ zu begründen ſein. Bei der Geſchloſſenheit der Fabrikanten aber, die ſich durch Vertrag für die ſtrikto Innehaltung dieſer Abmachung verbürgen, müſſen endlich auch die Arbeiter der Stuhlbranche zu der Erkenntnis kommen, daß ſie ihre Interellen ebenfalls nur gemeinſchaftlich durch die Organisation wahren können.

Der rheiniſch-weſtfälische Arbeitgeberbund für das Holzgewerbe hat laut Mittheilungen auf ſeiner erſten Generalverſammlung zu Düſſeldorf in den letzten zwei Jahren über 2 Millionen Mark an Streikunterſtützung aufgewendet. Das Verhältniß zum Arbeitgeberverbande der deutſchen Liſchler-

meiſter und Holzinduftrie wird, wie die „Soz. Praxis“ ſchreibt, fortgeſetzt und auf den Schußverband der Klavierinduftriellen ausgeſteht. Die Mitglieder der verſchiedenen Verbände verpflichten ſich darnach bei Streiks und Ausperrungen nach Möglichkeit durch Nichteinſtellung der Streikenden bzw. Ausgeperrten zu unterſtützen und ſchwarze Liſten auszutauſchen. Zu der Streikverſicherung des Vereins deutſcher Arbeitgeberverbände ſollen vom 1. Januar 1907 ab Beiträge geleistet werden.

Soziale Rechtsprechung.

Eine ſtaatsgefährliche Aktion fand am 15. Juni vor dem Landgericht zu Köln ihre Sühne. Vor einigen Wochen wurde in Berg- Gladbach eine Zahlſtelle unteres Verbandes gegründet. Die notwendigen Vorarbeiten hatte das dortige Ortskartell übernommen. Durch Bekanntgabe in den Zeitungen wurde nun auf eine Verſammlung hingewieſen, in der die Gründung vollzogen werden ſollte. Irrthümlich war jedoch die poliſeiſche Anmeldung unterblieben. Als zum feſtgeſetzten Termine 12 bis 15 Kollegen erſchienen, wurde dieſen erklärt, daß die Verſammlung wegen der Nichtanmeldung nicht ſtatthaben könne. Also wohl gemerkt: die Verſammlung wurde nicht eröffnet und auch kein Punkt irgend einer Tagesordnung verhandelt. Da jedoch in demſelben Gaſthauſe zur ſelben Zeit eine angemeldete Bauhandwerkerverſammlung ſtatthabte, wurden hier die Kollegen der Holzbranche als Gäſte zugelassen. Da letztere nun doch beſammen waren, wurde dann auch hier der Nothwendigkeit des chriſtlichen Holzarbeiterverbandes das Wort geredet. Der überwachende Poliſeiſekommiſſar glaubte hierin die nichtangemeldete Holzarbeiterverſammlung zu erblicken und bewirkte die Zuſtellung eines Strafmandats an den Vorſitzenden des Berg-Gladbacher Ortskartells, den Leiter der Bauhandwerkerverſammlung, der auch Vorſitzender der Zahlſtelle des Bauhandwerkerverbandes iſt und an den von Köln erſchienenen Referenten unſeres Verbandes.

Auf die eingelegte Berufung hin entſchied das Amtsgericht zu Bensberg, daß es wohl nicht gut möglich ſei, zwei Verſammlungen zur gleichen Zeit in demſelben Lokale und unter demſelben Vorſitzenden abzuhalten. Eine Bauhandwerkerverſammlung aber ſei angemeldet geweſen, habe unter dem Vorſitzenden eines Bauhandwerkers getagt und auch die vorgeſehene Tagesordnung erledigt. Es wäre auch Sitte, daß Angehörige anderer Veruſe zu ſolchen Verſammlungen zugelassen würden oder auch Angelegenheiten anderer Veruſe zur Verhandlung gelangten. Das Urteil war ein freisprechendes, obſchon der Amtsanwalt gegen die drei Sänder je 15 Mk. Geldſtrafe beantragte.

Von letzterem wurde dann jedoch Berufung eingelegt, mit der Begründung: „daß eine Straffälligkeit ſchon mit der Einberufung der Verſammlung und dem Zuſammentreffen von Perſonen gegeben ſei, auch wenn es nicht zur Eröffnung der Verſammlung gekommen iſt.“ Das Landgericht Köln ſtellte ſich dann auch auf dieſen Standpunkt und verurtheilte den Kartellvorſitzenden als Einberufer der Verſammlung zu 15 Mk. Geldſtrafe und zur Ertragung der Koſten. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigeſprochen.

Man denke ſich nur einmal in die Sache hinein: Der Einberufer hat gar nicht den Willen, etwas ungeſetzliches zu tun. Bei dem kleinlichen Verhalten der Poliſeibehörde iſt es auch vollſtändig ausgeſchloſſen, daß eine nichtangemeldete Verſammlung ſtatthaben kann. Irrthümlich wird die Anmeldung vergeſſen. Hans und Klaus haben jedoch von der Verſammlung gehört, begeben ſich zum Lokale und erzählen ſich dort über dies und jenes. Damit iſt aber bereits für den ahnungsloſen Einberufer, der nichts böſes tun wollte und auch nicht getan hat, die Straffälligkeit gegeben. Durch die Beſtrafung aber iſt das Vaterland wieder einmal vor dem Untergange

gerettet worden; die Ordnung hat geſiegt. In Preußenland aber nennt man derartiges: „Soziale“ Rechtsprechung.

Aus dem gewerblichen Leben.

Zur Lage in der Holzinduftrie. Die günſtige Konjunktur die das Holzgewerbe in den Frühjahrsmonaten aufwies in letzter Zeit etwas nachgelaſſen. Troßdem gerade die Tätigkeit, die ſehr wichtig für den Abſatz des Holzgewerbes im Mai an Lebhaftigkeit zunahm, ging ſowohl der Veruſeverkehr als auch der Beſchäftigungsgrad in der Holzinduftrie während des Mai zurück. Dabei waren Störungen Arbeitsmarktes durch Streiks oder Ausperrungen in der Zeit geringer als in den Vormonaten. Das Abſinken Beſchäftigungsgrades verurſachte naturgemäß eine Zunahme der Arbeitsloſigkeit. Nach den monatlichen Zahlungen ſozialdem. Holzarbeiterverbandes waren im Mai 1906 ſeiner Mitglieder arbeitslos gegen 5,6 im April und 5,7 im 1905. Die Zahl der Arbeitsloſen betrug nämlich im Mai an Orten mit 142 614 Mitgliedern 8405 gegen 7842 im April. Gegen Ende des Monats verſchlechterte ſich die Lage noch etwas. Unter einer recht intenſiven Arbeitsloſigkeit im Mai die Holzarbeiter Münchens, wo auf 100 Beſchäftigte je 8 bis 9 Arbeitsloſe kamen. Dieſe unbefriedigende ſtaltung des Arbeitsmarktes im Münchener Holzgewerbe größtenteils durch das Darniederliegen der Bautätigkeit urſacht. Die Krise, die im Münchener Baugewerbe ſchon ſeit einigen Jahren herrſcht, hat den Bedarf an ſowohl für die Bau- als auch für die Möbelſchleifer reduziert. Nicht München ſind Berlin, Hamburg, Magdeburg und Breslau mit ziemlich hohen Prozenten an der Arbeitsloſigkeit beteiligt. Sehr günſtig war die ſtaltung des Arbeitsmarktes in Stuttgart, wo von 8620 Holzarbeitern nur 9 ohne Arbeit waren. Auch in Frankfurt und Leipzig war reichliche Arbeitsloſigkeit vorhanden. Günſtig waren im Mai von den verſchiedenen Zweigen Holzgewerbes nur die Sägemühlen beſchäftigt; zu der Nachfrage nach Bauholz kam hinzu, daß auch Bretter begehrt waren, ſo daß ſaſt in allen Bezirken ein ſtarker Beſchäftigungsgrad zu beobachten war, weniger reichlich wie das „Zentralblatt für die geſamte Holzinduftrie“ die Arbeitsloſigkeit in der Möbelinduftrie; beſonders Berlin hat ſich die Möbelſabrikation nicht auf der früheren Monate gehalten. Im ſüdlichen Deutschland war die Tätigkeit etwas beſſer. Nicht unbeſtimmt war in letzter die Preiſtendenz am Holzmarkt. Während noch Ende ſowohl am nordweſtdeutſchen als auch am rheiniſchen Markt der Verkehr reger war und demgemäß ziemlich höhere Preiſe erzielt werden konnten, ließ im Juni Lebhaftigkeit nach, ſo daß auch die Preiſe als unbefriedigend bezeichnet werden. Die ſinkende Preiſtendenz übte auf Sägemühlen, die biſher dem Rundholzmarkt ſtarke Poſitionen, eine zurückhaltende Wirkung aus, da ſie auf weitere nachläſſe rechnen. Troß der regen Tätigkeit, die die einſtigen Sägemühlerei in den letzten Monaten aufwies, nahm doch der Bezug ausländiſchen Bau- und Nutzholzes zu. Nach ſchon im März eine kräftige Mehrveruſorgung ſtatthabte, war auch im April wieder die Einfuhr bedeutend als in den Vorjahren. Seit 1903 betrug nämlich die Einfuhr von Bau- und Nutzholz in Doppelzentnern: 1 555 579, 1904 2 959 581, 1905 2 699 725, 3 389 410. Eine Regelung der Preisverhältnisse beſteht, iſt auch der Zweck einer Vereinigung der werksbeſitzer und Holzarbeitervereine für das geſamte Gebiet, die Anfang Juni aus einer beträchtlichen größeren Sägemühlbeſitzer und Holzinduftriellen geſchaffen worden iſt.

Verſammlungs-Anzeiger.

Vom 1. Auguſt ab werden die Verſammlungsdaten nicht mehr veröffentlicht.

Verſammlungen finden ſtatt

- Mittwoch 15. 7. 10 Uhr, Lokal Feldſtraße 5.
- München 15. 7. 10 Uhr, im Gaſthof zum Paritätswirt.
- Münchener 14. 7. 8 1/2 Uhr bei Arone.
- Nachen 10. 7. 9 Uhr, Reſtauration Athenis, Eſſchornſteinſtr.
- Nachen-Burtscheid 15. 7. 11 Uhr in der Jagd.
- Nürnberg 15. 7. 4 Uhr, im Hotel Eidenhof, Ruhrſtr. 1.
- Paris 14. 7. 8 1/2 Uhr, bei Martin, Parlaſentſtraße 3.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, Reſt. Jäger, Köpenickerſtraße 80.
- Rhein 14. 7. 9 Uhr, Zum Großen Kurfürſt, Sandkaule.
- Reims 15. 7. 11 Uhr, Zur Poſt, Joh. Müller.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, Seſſelhaus.
- Reims 15. 7. 11 Uhr, Zum goldenen Bären.
- Rhein 15. 7. 10 Uhr, Branerei Böttinger.
- Rhein 15. 7. 10 Uhr, Branerei Böttinger.
- Reims (Stallmacher) 13. 7. 8 1/2 Uhr bei Menſe.
- Reims 8. 7. 8 Uhr, „Stadt Bremen“, Langeſtraße.
- Reims, Section II. 14. 7. 9 Uhr, bei Eidmeier, am neuen Waſſerturm.
- Reims 15. 7. 11 Uhr bei Severin, Fruchtmarkt.
- Reims 15. 7. 11 1/2 Uhr, Reſt. zur Reichshalle, Kurzeſtraße.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr bei Schreiber, Deulorſtraße.
- Reims (Lopez u. Sottler) 14. 7. 9 Uhr bei Wipperfurth, Frieſenſtr. 33.
- Reims (Wagendauer) 10. 7. 9 Uhr, im Kaiſer, Ehrenſtraße.
- Reims 8. 7. 11 1/2 Uhr bei Dräver.
- Reims 12. 7. 9 Uhr, Reſtauration Kleinberne.
- Reims 15. 7. 11 Uhr bei Fritz Lages, Raſſelberſtraße.
- Reims 15. 7. 11 Uhr, Hotel Sternemann.
- Reims 15. 7. 5 Uhr, im Bleiming ſehen Lokale.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, Branerei zur goldenen Gans.
- Reims 15. 7. 9 Uhr, im Wagnershaus.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, Reſtauration Weiſenbürg.
- Reims (Zap.) 14. 7. 8 1/2 Uhr, Reſtauration Stadt, Biſchofsſtr. 50.
- Reims 15. 7. 10 1/2 Uhr, im katholiſchen Seſſelhaus.
- Reims 14. 7. 9 Uhr, Reſtauration Gertrud, Klotzbahn.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, Zur Trappete, Obervorſtadt.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, Bei Wipperfurth.
- Reims (Weſt) 15. 7. 8 1/2 Uhr, bei Wirt Gerber, Ecke Guſmann- und Ehrenſtraße.
- Reims 15. 7. 11 Uhr, „Im Krug zum grünen Kranz“.
- Reims 10. 7. 8 1/2 Uhr, Gaſthaus zum Auerhahn.
- Reims i. S. 14. 7. 8 1/2 Uhr, Gaſthof zum Frieſen.
- Reims i. S. Kap. u. Sattl. 11. 7. 8 1/2 Uhr, zur guten Quelle.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, im Stadthaus, Baberſtraße.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, im Seſſelhaus.

- Reims 14. 7. 8 Uhr, Gaſthaus zum Ochſen.
- Reims 8. 7. 11 Uhr, bei Knops, Mühlensſtraße.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, Reſtauration Pfing.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, bei Dires, Eſſabethplatz.
- Reims 15. 7. 11 Uhr, Peter Horpach, Kirchplatz 1.
- Reims 10. 7. 7 1/2 Uhr, Gaſth. zum weißen Hof, Poſtſtr.
- Reims 14. 7. 9 Uhr, Reſtaur. Schaefer, Kirchſtraße.
- Reims 15. 7. 2 Uhr, bei Pochowial, Lorenzſtraße 21.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, im Arbeiterverein, Zimmer 8.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, bei Witwe Stemberg, Bahnhofsſtraße.
- Reims 10. 7. 6 Uhr, Turnhalle Herrn Weder.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, bei Wirt Bremer, Hochſtraße 72, gegenüber dem Landgericht.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, im Schönthaler Hof.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, Brauſchweiger Hof, Scheelensſtraße.
- Reims 15. 7. 3 Uhr, Gaſtwirt Bernhard Niemann.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, Wirt Roſenbahl, Marxloh.
- Reims 15. 7. 11 1/2 Uhr, Gaſthof Hütte, Kartellverſammlung.
- Reims 15. 7. 4 1/2 Uhr, bei Johann Widmer, Mineralſtraße.
- Reims 15. 7. 11 1/2 Uhr, im Lokale Weder, Karrenſtraße.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, bei Cicini, am Markt.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, Baumgarten, Herrenſtraße 34.
- Reims 8. 7. 10 1/2 Uhr, bei Wipperfurth, Hauptſtraße.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, Geſellſchaftshaus, Grundmannſtraße.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, Metz, Kaiſer Wilhelmſtraße.
- Reims (Schweiz) 14. 7. Hotel „Bab“, Reſt. Frieſenſtr.
- Reims 15. 7. 4 Uhr, bei Herrn Schwente, Kaiſerſtraße 8.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, bei Wirt Schröder, Waderhaus.
- Reims 15. 7. 5 Uhr, bei Wirt Rint.
- Reims 14. 7. 4 Uhr, Reſtaur. E. Hof.
- Reims 12. 7. im Seſſelhaus.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, „Goldener Unter“.
- Reims (Zap. u. Sattl.) 14. 7. 8 Uhr, baſelſtr.
- Reims 8. 7. 11 1/2 Uhr, bei Schilling, Ruhrſtraße.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, im Gaſthof, Belfortſtr.
- Reims (Ziſch) 15. 7. 12 Uhr, bei Hape, Clemensſtraße.
- Reims (Ruh) 15. 7. 11 Uhr, im deutſch. Gewerkschaftshaus.
- Reims (Ruh) 8. 7. 11 Uhr, bei Siebert, Frankfurterſtr.
- Reims 15. 7. morgens 10 Uhr, Gaſthaus zum Kranich.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, Reſtaur. zur Baumwolle, Adlerſtr.
- Reims (Baden) 15. 7. 2 Uhr, Gaſthaus zum Hochſtr.
- Reims (Weſt) 15. 7. 2 Uhr, Meiners Hotel.
- Reims 14. 7. bei Gemmeichen, Reimsſtraße.
- Reims 11. 7. 9 Uhr, Reſt. zum Einhorn, Herrſtr. 70.
- Reims 15. 7. 11 Uhr, Reſtaur. Eſt. Johanniſſtraße.
- Reims 10. 7. 7 Uhr, Lokal Karl Bads, Wilhelmſtr. 119.
- Reims 15. 7. 11 Uhr, im Krilländerhof, am Markt.
- Reims 10. 7. 12 Uhr, bei Pochowial, Kronprinzſtraße 115.

- Reims 14. 7. 9 Uhr, bei Weihen, Roſenſtraße 7.
- Reims 14. 7. 6 1/2 Uhr, Wirt Nagels, im Treppchen.
- Reims 14. 7. Lokal Deutſches Haus.
- Reims 9. 7. Zum Wöden.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, Wirt am Rhein.
- Reims 14. 7. 9 Uhr, Wirt Babuſch, Ruhrort-Laar, Kaiſer.
- Reims 14. 7. Juchowierſche, Schottenſtraße.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, bei Ugermünd.
- Reims 15. 7. 11 1/2 Uhr, bei Wirt Hilben, Kaiſerſtraße.
- Reims 14. 7. 9 Uhr, Wirt Fuſt.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, im Handwerkerhaus, Gerberſtr.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, Neue Poſt.
- Reims 15. 7. 11 Uhr, bei Wirt, Rahmann am Markt.
- Reims 15. 7. 1 Uhr, im Münchener Hof.
- Reims 15. 7. 8 Uhr, im Stadthaus.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, evangeliſches Gemeindegauſ, Wirt.
- Reims (Weſt) 14. 7. 4 1/2 Uhr, Gaſtwirt Schriegel.
- Reims 14. 7. Lokal Oege.
- Reims 15. 7. 11 Uhr, in der Fegariſchen Halle.
- Reims 14. 7. 9 Uhr, „Im grünen Baum“.
- Reims 15. 7. 11 1/2 Uhr, bei G. Früchtenhaus, Steinſtraße.
- Reims 14. 7. 8 Uhr, Herr Bürgemeiſter Alois Bengel.
- Reims 14. 7. 8 1/2 Uhr, bei Joſeph Franke, Schulſtraße 6.
- Reims (Ruh) 14. 7. 8 1/2 Uhr, Wirt Kimmelskamp, Ruhr.
- Reims 14. 7. 9 Uhr, bei Gaſtwirt Fröhlich.
- Reims 15. 7. 4 1/2 Uhr, Gaſtwirt Kaiſer.
- Reims 10. 7. 8 1/2 Uhr, bei Janſen am Markt.
- Reims 9. 7. 8 1/2 Uhr, Zum Ochſen.

Zahlſtelle Dieren.
 Sonntag den 8. Juli, vormittags 11 Uhr
außerordentliche Verſammlung
 im Verandaſale der „Erholung“.
 Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag.
 Erſcheinen aller Mitglieder iſt Pflicht. Der Vorſitzende.

Güchtige Bautiſchler und Glaſer (Nagelmen) ſoſort geſucht. Lohn 40—45 Pfg.
 Zahlſtelle Noſelſtr.

Verantwortl. Redakt. ur. J. D. Carl Jansen, Köln
 Druck von Heinrich Heilmann, Köln